



Saar-Freund

Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Einzelpreis 25 Pfennig.

Nummer 17
6. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungspreisliste S. 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11, Königsgräber Straße 94, Fernspr.-Anschl.: Amt Lühov 3249. — Bezugspreis monatlich: 60 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 66336 oder auf Deutsche Bank, Depostenkasse G, Berlin SW. 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erbeten.

Berlin
1. September
1925

Werke und Werkzeuge der französischen Propaganda.

Auf der Septembertagung 1922 des Völkerbunds glaubte der englische Vertreter im Völkerbundrat, Balfour, die Saarregierung gegen verschiedene Angriffe wegen ihrer eigenartigen Verwaltungstätigkeit an der Saar in Schutz nehmen zu sollen, indem er behauptete, daß ihr besondere Schwierigkeiten durch eine „dort entfaltete ungestüme Propagandatätigkeit“ bereitet würden. Diese Ausführungen Balfours haben damals starkes Befremden im Saargebiet hervorgerufen und niemand wußte eigentlich, wie Balfour zu einer solchen Auffassung kommen konnte. Auch bei späteren Gelegenheiten ergab sich aus den Ausführungen der Völkerbundsdelegierten, daß diese von einer bestimmten Stelle aus über das Saargebiet falsch unterrichtet wurden, ohne daß man diese dunkle Quelle kannte. Noch befremdlicher wirkte im Saargebiet, als bei Besprechung der sogen. Maulkorbverordnung der Eindruck zurückblieb, als ob die Regierungskommission infolge des Verhaltens der Saargebietsbevölkerung tatsächlich zu scharfen Maßnahmen gezwungen wurde. Man hatte dadurch in der Saargebietsbevölkerung das unbestimmte Gefühl, daß die Völkerbundsdelegierten systematisch durch falsche Berichte bearbeitet wurden. Was man damals dunkel empfand, erhielt man schließlich durch die Veröffentlichungen des Franzosenjagdes Kennel über seine Tätigkeit im Dienste der französischen Spionageorganisation bestätigt. Die Saarregierung wußte zu den Kennelschen Veröffentlichungen nichts zu sagen. Dadurch und durch die sanfte Abschiebung des stark kompromittierten „Obersten Polizeiverwalters“ Adler, erhielt man die Bestätigung, daß die Kennelschen Veröffentlichungen geradezu aktenmäßig nachwiesen, was bisher von Seiten der Regierungskommission mit Hilfe des französischen Spionagedienstes an Verleumdungen und Beschuldigungen gegen die Saargebietsbevölkerung geleistet worden ist.

Heute besteht kein Zweifel mehr darüber, daß die Saarregierung ihre geradezu vertragswidrigen Maßnahmen zur Franzöisierung des Saargebiets nur deshalb ungehindert vom Völkerbund durchführen konnte, weil man in den Kreisen der Völkerbundsdelegierten durch falsche Berichte über das Saargebiet und seine Bevölkerung ein völlig falsches Bild bekommen hatte. Die Kennelschen Veröffentlichungen lassen keine andere Deutung zu, als daß die Saargebietsbevölkerung systematisch durch vertrauliche Berichte der Saarregierung über angebliche Vorgänge im Saargebiet in ein Licht gestellt wurde, das sie als Umstürzler und Terroristen erscheinen ließ, die auf einen gewaltsamen Aufstand im Saargebiet hinarbeiteten. Die auf Bestellung von Kennel angefertigten Dokumente über das Vorhandensein von „Geheimorganisationen“, versteckten „Waffenlagern“ usw., gingen von der Saarregierung dem Völkerbund als „Beweismaterial“ dafür zu, daß Ruhe, Ordnung und Sicherheit an der Saar nur durch scharfe Maßnahmen und durch Beibehaltung der französischen Saar-Besatzung sichergestellt werden könnten.

Obwohl dem Völkerbund die bestellte Arbeit für diese Dokumente bekannt gegeben worden ist, hat er wohl unter dem Einfluß Frankreichs nicht die Konsequenzen gezogen und einen Wechsel in der Präsidentschaft der Re-

gierungskommission eintreten lassen. Diese Tatsache hat offenbar gewisse Kreise um Herrn Rault ermuntert, seinen während des Bergarbeiterstreiks im Jahre 1923 durchgeführten Versuch zum „Nachweis bestehender Umsturzorganisationen im Saargebiet“ jetzt zu wiederholen. Es sind 2 Jahre darüber vergangen, und die Gefahr liegt vor, daß man im Rate des Völkerbundes der Auffassung werden könnte, im Saargebiet herrsche Ruhe und Sicherheit, so daß ein demokratisches Regime und verträglichere Zustände an der Saar Platz greifen müßten. Deshalb „überraschten“ am 8. August d. J. Kriminalbeamte in der Wohnung des im Dienste der französischen Propaganda stehenden „Neuen Saar-Kurier“-Redakteurs Schöttler 5 Personen, die angeblich Schöttler mehr oder weniger deutlich einladen wollten, sie auf eine Autofahrt nach München zu begleiten. Es wurden nach der Darstellung des „Neuen Saar-Kuriers“ bei den Verhafteten Eierhandgranaten und feststehende Messer gefunden und bei späteren Hausdurchsuchungen auch noch eine größere Menge von Sprengmunition, Zündkapseln usw. entdeckt, die nach der Behauptung des erwähnten Blattes genügt hätten, das ganze Saargebiet in die Luft zu sprengen! Unter den Verhafteten befand sich ein ehemaliger Polizeiwachtmeister Steigner und ein früherer kaufmännischer Angestellter Zimmer, die drei Tage vorher bei Schöttler erschienen waren, um, wie Schöttler später zugeben mußte, von dem geplanten „Attentat“ Mitteilung zu machen. Nach ihren Darstellungen und nach der Behauptung Schöttlers soll der Attentatsplan von einem Führer der rechtsradikalen Organisation Alt-Oberland, Hauptmann a. D. Destréich in München ausgearbeitet und eine Rechtsorganisation im Saargebiet mit der Ausführung des Planes betraut worden sein.

In der saar-deutschen Presse hat die Darstellung, die Schöttler von der ganzen Affäre gab und die ganzen Umstände, wie es zur Verhinderung des Attentats kam, gewisse Zweifel darüber aufkommen lassen, ob die Urheber dieses Attentatsversuchs tatsächlich in rechtsradikalen Lagern zu suchen seien, und ob die wirklichen Urheber desselben es wirklich mit dem Attentat ernst gemeint haben.

Die Saarbrücker Zeitung hatte es daher für richtig gehalten, zur Klarstellung der ganzen Affäre ein Mitglied ihrer Redaktion nach München zu entsenden, um dort durch Rücksprache mit dem beschuldigten Hauptmann a. D. Destréich einigermaßen Klarheit in diese Angelegenheit zu bringen. Man kann verschiedener Meinung darüber sein, ob dieser Weg in diesem Falle der richtige war; über das eine besteht aber jedenfalls keine Meinungsverschiedenheit, daß die Aussagen eines Hauptmann a. D. Destréich, selbst wenn er Führer einer rechtsradikalen Organisation ist, tausendmal mehr Glaubwürdigkeit erfordert, als die eines des Landesverrats verdächtigten und im französischen Propagandadienst stehenden Saar-Kurier-Redakteurs. Und was dieser Hauptmann Destréich — ein, wie die „Saarbrücker Zeitung“ mitteilt, aus dem Unteroffiziersstand hervorgegangener und wegen Tapferkeit beförderter Offizier, der als Kommandeur eines freiwilligen Jägerbataillons in Oberschlesien gegen die polnischen Aufständigen kämpfte — zu diesem Falle zu sagen hatte, lassen wir hier in der Darstellung der „Saarbrücker Zeitung“ folgen:

Zunächst versicherte Destréich auf Wort, daß weder er noch seine Organisation mit Saarbrücken oder dem Saargebiet irgendwelche Beziehungen hätten, da Alt-Oberland keine Ortsgruppe im Saartal unterhalte. Am Donnerstag, den 28. Juli, seien nun zwei junge Leute in Wandervogel-Tracht, Tornister auf dem Rücken, mit einer Empfehlung eines Bekannten, des Ingenieurs Kluge, in seiner Wohnung erschienen, um ein Unterkommen von ihm zu erhalten. Bis zu diesem Augenblick seien ihm die beiden Leute, die sich als Ebel und Schmitz aus Saarbrücken vorgestellt hätten, völlig unbekannt gewesen. Kluge habe die beiden „Burschen“ zufällig am Stammtisch der Ostafrikaner im Bürgerbräu kennen gelernt, an den sie „herangewalzt“ seien, um dort viel über saarländische Dinge zu erzählen und sich als Gesinnungsgenossen der nationalsozialistischen Bewegung auszugeben. Während ihrer Anwesenheit in seiner (Destréichs) Wohnung hätten sie ebenfalls viel vom Saargebiet erzählt und u. a. auch mitgeteilt, daß sie und einige Gleichgesinnte in Saarbrücken sich einer vaterländischen Organisation anschließen wollten, aber nicht mühten, wo sie sich hinwenden sollten. Er habe ihnen darauf empfohlen, mit dem Werwolf oder dem Stahlhelm in Westfalen in Verbindung zu treten, da Alt-Oberland für die dortige Gegend überhaupt nicht in Betracht komme. Im Verlaufe der weiteren Unterredung hätten sie auch von einem Plane gesprochen, den Chefredakteur des „Saarkuriers“, Schoettler, „einen Vaterlandsverräter und Lumpen“, im Auto nach München zu bringen, um ihn seiner Strafe entgegenzuführen. Er (Destréich) kenne Schoettler und seine Tätigkeit nicht und habe auf die ihm gemachte Mitteilung lediglich erwidert: „Wenn es sich um einen Lumpen und Landesverräter handelt, dann bringt ihn nur herüber und liefert ihn der Münchener Polizei ab, die weiß schon, was sie mit Landesverrättern macht.“ Mit aller Entschiedenheit verwahrte sich Destréich unsern Vertreter gegenüber dagegen, daß man ihm die Initiative zu dem geplanten Unternehmen zuschlebe, das fremde Personen an einer fremden Person hätten ausführen wollen und das lediglich auf Grund seiner Anschauung keinen Widerspruch durch ihn erfahren hätte. Lächerlich sei es auch, von einem „Befehl“ zu sprechen, da er fremden Menschen nichts befehlen könne und Alt-Oberland ja in Saarbrücken gar keine Gruppe habe. Ebenso lächerlich und unsinnig sei die Unterstellung, er habe ein Gemericht an Schoettler vornehmen wollen. „Sehen Sie“, meinte Hauptmann Destréich zu unserm Vertreter, „ich liege hier seit Monaten gelähmt und kann mir selber kaum helfen; wie soll ich da Geme über andere halten! Ich habe, und das betone ich mit aller Entschiedenheit, den Burschen geraten, im Falle der Entführung des Landesverrätters ihn der Polizei in München abzuliefern.“ „Soll ich denn,“ so fuhr Destréich energisch fort, „Leute, die Landesverrättern einen Denkhittel geben und sie der gerechten Strafe entgegenführen wollen, etwa davon abhalten? Das geht mich ja gar nichts an. Auf jeden Fall verwahre ich mich aber dagegen, als Urheber der Geschichte genannt zu werden.“

Destréich erklärte dann weiter, daß die beiden Burschen, die den Eindruck gemacht hätten, als wollten sie etwas von ihm erfahren und ferner, als wollten sie als Wichtigster „für billig Geld leben“, sich dann noch einige Zeit in München herumgetrieben und bei der Vorbereitung einer Trauerfeierlichkeit für einen verstorbenen Herrn v. Udermann im Bürgerbräu erneut aufgetaucht seien. Da er inzwischen vor den beiden gewarnt worden sei und das Herumtreiben in München ihm nicht gefallen habe, habe er zu zwei Münchener Herren, die er als Zeugen auch unserm Vertreter namhaft machte, geäußert: „Wenn die Kerle sich noch länger in München herumtreiben, übergebe ich sie der Polizei!“ Seine ganze Beteiligung an dem gescheiterten Unternehmen sei also, daß er den Leuten auf „ihre Sprüche“ Antwort gegeben und gegen die von ihnen entwickelten Pläne nichts einzuwenden gehabt hätte.

Später seien die beiden „Kerle“ noch einmal bei ihm erschienen um von ihm Fahrgeld für die Rückfahrt nach Saarbrücken zu erbitten. Er habe das rundweg abgelehnt.

Das Ergebnis der Unterredung des Redaktionsmitgliedes der „Saarbrücker Zeitung“ mit Hauptmann Destréich faßt die „Saarbrücker Zeitung“ folgendermaßen zusammen:

1. Der Plan zur Entführung Guilleaume Schoettlers ist in Saarbrücken entstanden, und zwar höchst wahrscheinlich im Einvernehmen mit Schoettler bei den Lockspitzeln Steigner und Zimmer.

2. Ebel und Schmitz haben sich in Grohmannsstadt, vielleicht auch aus falschem Idealismus, offenbar als gefügige unwillende Werkzeuge nach München schicken lassen — um Anschluß zu suchen, wenn irgend möglich wohl mit dem „Oberstleutenmörder Hauptmann Destréich“.

3. Destréich hat mit der ganzen Angelegenheit nur insoweit etwas zu tun, als er von Ebel und Schmitz über den Plan unterrichtet worden ist.

4. Es besteht in Saarbrücken keine aktivistische rechtsstehende Organisation, da Ebel und Schmitz Destréich ja fragten, wohin

sie sich zwecks Anschluß wenden sollten. Oder es bestand wenigstens keine bis zu dem Tage der Unterredung der beiden Abgesandten mit Destréich, dem 28. Juli d. Js. Sie wurde dann auf dem Wege über das Lockspitzeltum ins Leben gerufen.

5. Die Behauptung, es habe eine Geme über Schoettler stattfinden sollen, ist unrichtig; Schoettler sollte der Münchener Polizei übergeben werden.

Wir können es verstehen, daß diese Darstellung dem Französischen Schoettler, seinen Hintermännern und jenen, die ihm und ihnen nahestehen, im höchsten Grade unangenehm sein mußte, da gar zu schnell das ganze von gewissen Leuten aufgebaute Lügengebäude zusammenbrach. Während von dieser Seite zuerst versucht wurde, die ganze Attentatsaffäre so darzustellen, als ob in letzter Minute der Polizei von diesem Attentatsplan Kenntnis geworden wäre, so daß seine Ausführung durch das rechtzeitige Dazwischentreten der Polizei verhindert werden konnte, ergab sich aus den Feststellungen in der saarbrückischen Presse, daß Schoettler bereits drei Tage vor dem Attentatstermin von der ganzen Geschichte nicht nur Kenntnis hatte, sondern daß er selbst mit den beiden Hauptattentätern Steigner und Zimmer die Einzelheiten des Attentats besprach und festlegte, um die „Festnahme der Beteiligten“ sicherzustellen. Zu der Vermutung, daß die ganze Attentatsgeschichte überhaupt von Schoettler angeregt und inszeniert worden ist, ist nur noch ein Schritt, wenn man die ganze Angelegenheit in Vergleich stellt zu der Kennelaffäre. Die Vermutung muß sich noch weiter verstärken, wenn man durch die „Saarbrücker Zeitung“ erfährt, daß Schoettler bereits seit 1923 im französischen Spitzeldienst steht, und aus dem Munde Hauptmann Destréichs hört, daß die beiden Leute aus dem Saargebiet, Ebel und Schmitz, ganz den Eindruck hinterließen, als wollten sie durch ihn erfahren, ob sich im Saargebiet rechtsradikale Organisationen befinden. Es läge ganz in der Richtung des bisherigen Verhaltens der Saarregierung und ihrer Politik dem Völkerbund gegenüber, wenn sie versuchte, „Unterlagen“ beizubringen, daß sich tatsächlich rechtsradikale oder sonstige „Geheimorganisationen“ im Saargebiet befinden. Dann könnte sie mit solchem „Material“, nachweisen, daß das von ihr seinerzeit dem Völkerbund überreichte Kennelische Material über die „Umstürzbewegung im Saargebiet“ kein gefälschtes, sondern solch Material darstelle, das die Dinge wiedergebe, wie sie sich zur Zeit dort darboten. Ein solcher „Nachweis“ müßte die Position der Saarregierung dem Völkerbund gegenüber bedeutend stärken und eine große Anzahl von Elementen, deren Existenz von der Stabilität der Saarregierung in ihrer jetzigen Zusammenfassung abhängt, läße sich wieder für längere Zeit versorgt.

Es ist schon längst kein Geheimnis mehr, daß der „Neue Saar-Kurier“ eben gerade noch zu vegetieren vermag, wobei aus einem gewissen „moralischen Empfinden“ für bisher geleistete Dienste im Interesse der Franzöisierung des Saargebiets aus dem französischen Propagandafonds in letzter Zahlungsstunde die nötigen Gelder zur Verfügung gestellt werden. Aber man ist auf französischer Seite auch zu der Ueberzeugung gekommen, daß der „Neue Saar-Kurier“ nie seinen Zweck erfüllt hat und jetzt um so weniger Aussicht besteht, daß er ihn je erfüllen könnte. In den leitenden Kreisen der französischen Saarpropaganda ist man daher überzeugt, daß der „Neue Saar-Kurier“, da er in der ganzen Saargebietsbevölkerung als französisches Propagandaorgan erkannt und angesehen wird, den Zielen der französischen Propaganda mehr hinderlich als förderlich ist. Deshalb sucht man nur noch nach einem geeigneten Anlaß, um ihm ein ruhiges Begräbnis zu beschaffen. Und da Herr Schoettler, der sich jetzt mit Vorliebe „Verleger“ und „Chefredakteur“ titulieren läßt, obwohl er vor Gericht jeden beliebigen Hausknecht für die „Saar-Kurier“-Redaktion für geeignet hielt, von diesen Vorgängen ebenfalls Kenntnis hat, er aber auf das bequeme Leben eines französischen Propagandaparasiten nicht gern verzichten möchte, so versucht er frampfhast, das „lucrative Unternehmen“ zu erhalten. Dieses Jüngelchen von 26 verpfuschten Jahren, das bisher lediglich die negative Seite des Lebens und der menschlichen Gesellschaft zu kennen wußte, möchte aber eine Rolle spielen, eine Rolle, die wenig Arbeit, aber ein bequemes Lotterleben zuläßt. Und ausgerechnet der wegen Sittlichkeitsvergehens entlassene Polizeiwachmeister Steigner muß diese geheimen Seelenwünsche Schoettlers erkennen und darauf seinen Attentatsplan aufbauen. Wäre es nicht verständlich, daß Schoettler ein Interesse daran hätte, durch irgendein Vorwissen plötzlich in den Vordergrund gestellt zu werden? Und zwar in einer Form, die seinem „Streben“ und den politischen Zielen der französischen Propaganda entsprach? Aus einem Attentatsversuch rechtsradikaler Elemente, der auf rechtsrheinischem Gebiet vorbereitet wurde, läßt sich eine solche Unmenge Kapital schlagen, daß Schoettler gern eine geringe Dosis von Gefahr mit in Kauf nehmen konnte, die sich etwa durch die Heranziehung hitzköpfiger jugendlicher Elemente ergab, die dann den „Beweis“ für den Ernst des Attentatsplans abgeben sollten. Woan unterhält die französische Propaganda einen so dressierten Spitzelapparat?

Und so entstand das „Attentat auf Schoettler“ und eine große Pressepolemik, in der bezeichnenderweise ohne zwingenden Grund auch die Saarbrücker „Volkstimme“ sich eine führende Rolle sicherte. Das allerdings ist ein zweites Kapitel, das zwar auf dem gleichen Gebiete liegt, und doch von ganz anders gearteter und allerdings ernsterer Bedeutung ist. Im Saargebiet kennt man noch recht gut die krampfhaften Bemühungen der französischen Besatzung zu der Zeit, als Kommandant Richert noch als erster Generalstabschef des Obersten Militärverwalters in Amt und Würden war, die „Saarbrücker Zeitung“ in ihre Hand zu bekommen. Diese wollte man unter alter Flagge, jedoch mit neuen Tendenzen durchs Saargebiet segeln lassen. Grundtendenz dieses Planes war, die Saargebietsbevölkerung nicht merken zu lassen, daß die „Saarbrücker Zeitung“ sich unter französischem Einfluß befand, damit man in geschickter Form ganz allmählich die Bevölkerung mit französischem Geist erfüllen konnte.

Man hatte ja 15 Jahre vor sich, eine Zeitspanne, die Clemenceau für ausreichend erachtet hatte, „um die Zeit handeln zu lassen“. Dieser Plan ist mißglückt, alle wissen, unter welch tragischen Opfern. Daher erstand auf Befehl des Kommandanten Richert der „Neue Saar-Kurier“. Selbst ein Schoettler kann diese Dinge nicht hinwegleugnen. Es erstand der „Neue Saar-Kurier“ als französisches Propagandaorgan, geschaffen mit Hilfe französischer Staatsmittel und mit solchen unterhalten bis auf den heutigen Tag. Schoettler wird es schwer fallen, anzugeben, wann diese Zeitepoche ein Ende gefunden haben sollte. Es wird ihm schwer fallen, nachzuweisen, woher gerade er die Gelder gehabt haben sollte, um den „Neuen Saar-Kurier“ als Privatmann zu kaufen, nachdem er seinerzeit so abgebrannt war, daß er nur mit Hilfe französischer Gelder seine Studien beenden konnte. Wie nun, wenn die französische Propaganda den Versuch des Herrn Richert wiederholen würde, ein weiteres bisher als einwandfrei deutsches Organ bekanntes Presseunternehmen durch Hintertüren, die nur wenigen Eingeweihten bekannt sind, in die Hand zu bekommen? Diese Frage stellen, heißt auf ein Thema eingehen, das durch die Presseerörterungen im Saargebiet in letzter Zeit in ein besonders grelles Licht gerückt wurde.

In Frankreich weiß man, daß sechs Jahre bereits vergangen sind, ohne daß die Zeit im Sinne Clemenceaus gehandelt hätte. Man hat auf französischer Seite eine Bilanz aufgestellt, die ergeben hat, daß Frankreich im Saargebiet noch nicht 1/10 Prozent moralische Eroberungen der Bevölkerung gegenüber gemacht hat. Was deutsch im Saargebiet war — und 99 Prozent war es zumindest — ist nicht nur deutsch geblieben, sondern ist überzeugt und bewußt und stolz deutsch geworden! Und daher sucht die französische Propaganda, die nicht vor der Neutralität der Saarregierung Halt macht, auf neuen Wegen das alte Ziel der Franzöisierung des Saargebiets zu erreichen. Die letzten Wochen haben schlaglichtartig den Weg beleuchtet, den die französische Propaganda offenbar bereits mit Erfolg beschritten hat. Schon in nächster Zeit wird man Näheres darüber erfahren, wird hören, was an gewissen Behauptungen ist, die zunächst die eine dringende Warnung und Mahnung an die gesamte Saargebietsbevölkerung verlangt, nämlich die Augen aufzumachen und zu halten gegenüber falschen Propheten, die, in Propagandakitteln gehüllt, versuchen, die breite Masse der Darbenden und verzweifelt um ihre Existenz Ringenden, die Masse der Arbeiterschaft zu betören. Darum nochmals Augen auf und fort mit den falschen Propheten. Vergesse niemand im Saargebiet, daß die französische Propaganda zur Erreichung ihres Zieles Werkzeuge benutzt, die harmlos erscheinen und deshalb um so gefährlicher sind.

Verurteilt!

Ein vernichtendes englisches Urteil über die Tätigkeit der Saarregierung.

In dem Londoner „Times“ erschien am 29. August ein Artikel über das Saargebiet, der in englischen politischen Kreisen beträchtliches Aufsehen deshalb erregt hat, weil er die Tätigkeit der vom Völkerbund eingesetzten Regierungskommission einer außerordentlich abfälligen Kritik unterzieht. Der Verfasser des Artikels, Robert Donald, geht von dem seiner Ansicht nach „äußerst farblosen“ Bericht der Kommission für die nächste wöchige Tagung des Völkerbundes aus. Dieser Bericht enthalte keinen Hinweis auf die wirkliche Stimmung im Saargebiet. Während des letzten Jahres sei von der Mehrheit der Kommission kein Fortschritt gemacht worden um die Einwohner mit der Regierung durch den Völkerbund zu versöhnen, oder um ihr Vertrauen zu gewinnen. Die Handlungsweise der Kommission während der Jahrtausendfeier im Rheinland habe im Gegenteil Mißtrauen erzeugt und einen seltsamen Mangel an Urteilskraft bewiesen.

Donald geht dann im einzelnen auf die einschränkenden Verfügungen der Kommission bei der Jahrtausendfeier ein und bemerkt, daß das Saarvolk durch sein ruhiges und friedliches Benehmen bei der Feier gezeigt habe, daß es des Vertrauens würdig wäre, daß seine augenblickliche Herrscher ihm nicht entgegenbringen. (Was sagt hierzu M. B. und sein Busenfreund Schoettler?) Der Artikel verurteilt es, daß der Präsident der Kommission, Rault, das belgische Mitglied Lambert und das tschechische Mitglied Bezensky in ihrer amtlichen Eigenschaft an der Parade der französischen Truppen am 14. Juli teilnahmen und beim Vorbeimarsch der französischen Garnison ihren Salut entgegennehmen. Der Artikel weist weiter auf die fortgesetzte Unterdrückung der Saarpresse hin und auf die merkwürdige Indifferenz der Regierungskommission, wenn große Skandale, in die führende Beamte verwickelt seien, von den Saarblättern bloßgelegt werden. Donald betont zum Schluß, „daß die Mitglieder der Kommission mehr daran interessiert seien, nach den augenblicklichen Interessen Frankreichs zu schauen und die künftigen Interessen Frank-

reichs zu sichern, als in Übereinstimmung mit dem Geist und den Buchstaben des Vertrages und der Verfassung die Wohlfahrt der Einwohner zu fördern.

★

„Schlecht beraten und unfähig.“

Das Saargebiet erregt nach wie vor die größte Aufmerksamkeit in Frankreich. Das zeigen die heutigen Auslassungen, die sich darüber in der französischen Presse aller Schattierungen finden. Verhüllte und bisweilen auch unverhüllte Annetions- und Assimilationsabsichten kommen da zu Wort. Bemerkenswert ist jedoch, daß gerade in der letzten Zeit in französischen Blättern Berichte auftauchen, die an dem von den Franzosen beliebten Vorgehen im Saargebiet scharfe Kritik üben. Natürlich ist diese Kritik von der Absicht getragen, die französischen Interessen im Saargebiet richtiger und besser zu wahren, jedoch wird dabei die hiesige Lage hier und da objektiver beurteilt, als dies früher der Fall war. So bringt heute die „Saarbrücker Landeszeitung“ einen Artikel der „Ere Nouvelle“ vom 5. 8. Darin heißt es:

„Die Saarländer sind Deutsche, wir sind ihnen Fremdlinge, Feinde. Um unseren auch durch gewisse Erwägungen der militärischen Sicherheit gerechtfertigten Aufenthalt im Saargebiet erträglich zu machen, wäre ein guter, taktvoller, deutschsprechender, von einem auserwählten Personal umgebener, klug patriotischer Administrator notwendig gewesen. Der Nationalblock hat dem Völkerbund den früheren Präfekten des Departements Rhône, Rault, aufgedrängt. Dieser Beamte, der die deutsche Sprache nicht kennt, hat ein niedriges Polizeisystem eingeführt. Schlecht beraten und unfähig, wie er ist, wurde er verhaßt, schreibt „Ere Nouvelle! Den öffentlichen Beweis dafür lieferte er durch alle die gemeinen Schikanen, die er anlässlich der rheinischen Jahrtausendfeier ersann.“

Der Artikel führt weiter aus; wie Frankreich durch die Einführung der entwerteten Frankenwährung im Saargebiet verwünscht worden ist, die zu den Lohnbewegungen der letzten Zeit und schließlich zu dem Bergarbeiterstreik geführt habe. Die tieferen Gründe der Bewegung seien, was man auch darüber sagen möge, wirtschaftlicher Natur und verschiedene französische Journalisten müßten davon absehen, eine rein wirtschaftliche Angelegenheit politisch zu regeln.

Wenn jeder Leser uns nur zwei neue Leser zuführt, so unterstützt er damit wirksam unsere Arbeit!

Die Vorbereitung der Franzöfisierung des Saargebiets durch den Völkerbund.

Aus Genf lassen sich die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden:

„Ein Teil der Völkerbundpresse widmete gegenwärtig den Verhältnissen im Saargebiet — unter dem Eindruck der Jahrtausendfeiern — bemerkenswerte Artikel. Der neueste Artikel in der „Tribune de Geneve“ ist interessant genug, um als Zeuge dafür aufgerufen zu werden, von welchem Gesichtswinkel aus das „Saarproblem“ von den Hauptwortführern in Genf betrachtet wird. Es ist hervorzuheben, daß meistens gerade vom unansehbaren deutschen Charakter der Saar ausgegangen wird, wenn Hehen, wie die gegenwärtigen inzeniert werden. Um der Welt Entrüstungen über die Erfolglosigkeit der französischen Annexionswünsche beizubringen, sind rechtliche oder nur vernünftige Argumente nicht anzuführen. Es ist eben schließlich unmöglich, von einem deutschen Volk zu verlangen, daß es französischer Gesinnung werde.“

So verschänzt man sich hinter das Saarmandat des Völkerbundes und läßt ganz offen durchblicken, daß der Völkerbund im Saargebiet die Aufgabe habe, das Land für eine kommende Einverleibung in Frankreich vorzubereiten. Das heißt, daß der Völkerbund jetzt schon alle Regungen deutschen Lebens so viel wie möglich unterdrücken sollte, daß er die Pflicht hätte, so weit als möglich zu französisieren, und zwar auf dem Wege der „strikten Vorschrist“, also mit Gewalt.

Der Artikel in der genannten Genfer Zeitung versucht mit Geschick das „nationale“ Frankreich gegen den im Saargebiet „ganz den deutschen Machenschaften entgegenkommenden“ Völkerbund aufzubringen und scharf zu machen. Es wird als das Produkt einer „bezeichnenden Verhehlung“ hingestellt, wenn deutsche Blätter von 99 Prozent deutschgesinnter Bevölkerung sprechen, wenn an der ganzen Saar nur noch die Zigarette „Marke Hendenburg“ geraucht werde und alles ein abscheuliches Getränk „le met“, trinke, bloß weil dieses altgermanischen Ursprungs sei. (!) Entsetzlicher als dies aber: in einer Buchhandlung werde die Auslage eines Werkes mit dem Titel: „Nicht nur die Saar, auch Elsaß-Lothringen muß wieder deutsch werden!“ geduldet! Ebenso lasse es der Völkerbund ruhig geschehen, wenn Plakatanschläge der „Heimatsdienstorganisationen“ die Rückgabe Elsaß-Lothringens verlangen, wenn die „Deutsche Saargeitung“ sogar „drei französische Departements“ reklamieren und sagen dürfe, der Vertrag von Versailles hätte einen seit 40 Jahren mit Lug und Trug vorbereiteten französischen Raub sanktioniert.

Nun folgt der Angriff auf den Völkerbund mit dem bezeichnenden Satz: „Was hat die eingesezte Regierungskommission getan, um an der Saar die Interessen des französischen Staates zu schützen?“ Dieser sei Besitzer der Saarkohlen und außerdem hätte das Land, sage und schreibe, 2000 französische Einwohner. „Wo ist die vom Völkerbund eingesezte Saarregierung“, wird ausgerufen, „existiert sie noch?“ Man höre nichts von ihr, dafür aber von Kundgebungen der Saarbevölkerung für das deutsche Reich. Es sei dem Saarkvolke verboten, die Flagge schwarz-weiß-rot zu hissen, aber niemand hätte sich daran gekehrt. Ebenso hätte die Regierungskommission den Gemeinden zwar verboten, Kredite zur Durchführung der Jahrtausendfeier zu bewilligen. Die Gemeinden hätten aber das Gegenteil getan und niemand hätte sie gehindert. Auch habe die Regierungskommission Fackelzüge und Illuminationen verboten, aber die Antwort erhalten, daß die Bevölkerung die Fackeln schon gekauft habe, und daß sie nun abgebrannt würden — und dabei sei es tatsächlich geblieben! Jetzt schon dürften die Blätter unbehelligt von „den Feind zermalnenden Siegen auf der ganzen Linie“ sprechen. „Sieg in der Tat durch die Toleranz und langmütige Geduld Frankreichs“, ruft die „Tribune de Geneve“ Frankreich und dem Völkerbund zu, beide „anspornend“, unverzüglich das wahre Interesse Europas, also Frankreichs, an der Saar zu wahren.

Es muß also festgehalten werden, daß auch in Genf die Scharfmacher aufs neue an die Arbeit zu gehen scheinen und — bemerkenswert genug — Frankreich gegen den Völkerbund auszuspielen versuchen, mit anderen Worten, diesem mit dem „Stechen seines Meisters“ in Achtungsstellung zu dirigieren planen, um an der Saar die nötigen Vorbedingungen zu schaffen, mit welchen die Welt von der „Natürlichkeit“ eines kommenden Anschlusses „überzeugt“ werden könnte!

Soweit die Meldung des Münchener Blattes. Wir können nicht feststellen, ob die Genfer Presse richtig wiedergegeben wurde; ist das der Fall, dann können wir nur eines feststellen: Die Presseabteilung der Saarregierung arbeitet nicht ungeschickt! Denn daß die Veröffentlichungen in der Genfer Presse bestellte Arbeit darstellen, ergibt sich schon aus der Zusammenstellung der angeblichen Unterlassungen der Regierungskommission. Und einige Redewendungen in den zitierten Genfer Bemerkungen klingen so stark an gewisse Ver-

öffentlichungen im franz. Propaganda-Organ des Saargebiets an, daß man die Urheberchaft der Veröffentlichungen in Saarbrücken und in Genf und anderswo unschwer erraten kann. Wozu zählt die Saargebietsbevölkerung denn unkontrolliert Steuern für franz. Propagandazwecke.

★

Ein Appell der saarländischen Sozialdemokratie an den Marseiller Sozialisten-Kongreß.

Die Sozialdemokratische Partei des Saargebiets hat an den am 21. August in Marseille zusammengetretenen internationalen Sozialisten-Kongreß folgenden telegraphischen Appell gerichtet:

„Die saarländische Sozialdemokratie lenkt die Aufmerksamkeit des Kongresses auf das vom Völkerbund verwaltete Saargebiet. Hier herrscht ein von der Regierungskommission im Einvernehmen mit dem Völkerbund verordnetes Wahlrecht, durch das ein großer Teil der Bevölkerung nicht die Wählbarkeit zum Saarparlament besitzt. Das passive Wahlrecht ist zu einem Privileg der im Saargebiet Geborenen erklärt worden. Der Landesrat (Saarparlament) hat nur das Recht der Begutachtung. Die Abgeordneten genießen keine Immunität. Wir bitten den Kongreß, seine Delegierten zu beauftragen, in allen Ländern die Aufmerksamkeit auf das Saargebiet zu lenken und dafür zu wirken, daß diesem einzigen Verwaltungsgebiet des Völkerbundes ein wirklich demokratisches Regime gegeben wird.“

Sozialdemokratische Partei
gez.: Schäfer.“

Bis zur Stunde hat man noch nicht erfahren, welche Schritte der Sozialisten-Kongreß auf diesen bezeichnenden Appell unternommen hat, um über den Völkerbund hinweg die Regierungskommission des Saargebiets zu veranlassen, endlich wenigstens ein Tröpflein demokratischen Oels in die Verwaltung des Saargebiets hineinschießen zu lassen.

★

Die Saarlüge.

Schon lange war bekannt, daß die das Selbstbestimmungsrecht der Völker verletzende Abtrennung des reindeutschen Saargebietes von Deutschland von Clemenceau dem widerstrebenden Präsidenten Wilson nur durch einen Betrug abgerungen worden ist. Clemenceau hatte behauptet, 150 000 Saarfranzosen hätten eine Bittschrift an Poincaré gerichtet. Daß das Schwindel war, wußte man längst. Schon seit Jahren hat sich die Geschäftsstelle „Saarverein“ mit der Sammlung des Materials befaßt und vor vier Jahren bereits der Öffentlichkeit bekanntgegeben, wie dieser Betrug entstanden ist. Nicht im Saargebiet, sondern in dem zu Frankreich geschlagenen Lothringen sind Unterschriften gesammelt worden, ohne daß die elsass-lothringischen Bürgermeister und Polizeidiener, die sie sammelten, wußten, wozu. Diese Bittschrift ist dem Obersten Rat vorgelegt worden, und Wilson wie Lloyd George waren in der Geographie so unwissend, daß sie die Orte Saargemünd, Saarunion, Saarburg für Orte des preussischen und bayerischen Saarkohlenbeckens hielten, statt für Orte Frankreichs, durch das die Saar in ihrem Oberlauf fließt. Die Wichtigkeit der Aufdeckung dieses weltgeschichtlichen Betruges auf die Politik kann nicht hoch genug bewertet werden. Beleuchtet er doch wie ein Blitz die Unehrlichkeit und Heuchelei des Versailler Friedens, den Imperialismus Frankreichs und zeigt, wo der wirkliche Störenfried in Europa sitzt.

Der Vorstand des Bundes der Saarvereine hat daher beschlossen, auf Grund des in der Geschäftsstelle Saarverein gesammelten und sonstigen umfangreichen Materials zur Aufklärung eine Broschüre über diesen Betrug: „Die Saarlüge“, herauszugeben, deren Verbreitung und Benutzung durch die Presse sowohl im Interesse unserer Brüder und Schwestern an der Saar wie der ganzen deutschen Politik liegt.

O Heimatliebe, Heimatlust,
Du Born der Sehnsucht unergründet,
Du frommer Strahl in jeder Brust
Vom Himmel selber angezündet. Geibel.

Wie Herr Kault regiert!

Die Saarregierung lehnt eine Aufwertung ab.

Die Regierungskommission des Saargebietes gab am 21. August in der saarländischen Presse folgendes bekannt:

Bei der Regierungskommission des Saargebietes laufen in letzter Zeit viele Anträge aus dem Reiche ein, in denen von Besitzern saarländischer öffentlicher Anleihen auf Grund der deutschen Aufwertungs- bzw. Anleiheablösungsgesetze vom 16. Juli 1925 die Bestellung eines Treuhänders verlangt wird. Diese Anträge gehen von der falschen Voraussetzung aus, daß die deutschen Aufwertungs- bzw. Anleiheablösungsgesetze auch im Saargebiet ohne weiteres Geltung haben. Dies ist aber nicht der Fall. Vielmehr werden neue Gesetze für das Saargebiet durch die Regierungskommission nach Anhörung des Landessrats erlassen. Für die Aufwertung ist jetzt noch kein Gesetz im Saargebiet erlassen worden; die ganze Frage ist zurzeit Gegenstand des Studiums innerhalb der Regierungskommission, von dessen Ergebnis es abhängen wird, ob und in welchem Umfange eine Aufwertung im Saargebiet durchgeführt wird.

Die Saarregierung macht es sich wie immer, wenn es sich um die Wohlfahrt der Bevölkerung handelt, außerordentlich leicht. Die berechtigten Aufwertungsbegehren der Bevölkerung tut sie einfach mit dem Bemerkten ab, daß die deutschen Aufwertungs- bzw. Anleiheablösungsgesetze im Saargebiet keine Gültigkeit hätten. Das ist formal richtig. Sie äußert sich aber nicht darüber, wie weit sie sich moralisch dazu verpflichtet fühlt, die der Saargebietsbevölkerung durch die Einführung der Frankenwährung mit nachfolgender Frankeninflation gestohlenen Kapitalien in der einen oder anderen Form wieder zu ersetzen. Die Saarregierung macht sich auch gar kein Gewissen daraus, ob die Saargebietsbevölkerung durch ihr Verhalten wirtschaftlich und finanziell zugrunde gerichtet wird. Das hat sie am besten dadurch bewiesen, daß mit ihrer Zustimmung von Merlenbach aus ein Querschlag auf saar-deutsches Gebiet getrieben und durch diesen Stollen von Seiten Frankreichs zum Schaden der Saargebietsbevölkerung Saarkohlen im Großbetrieb gestohlen werden. Auch darüber macht sie sich kein Gewissen, daß die Saargebietsbevölkerung immer mehr verarmen muß dadurch, daß die auf den Saargruben erzielten Uberschüsse mit Zustimmung der Saarregierung nicht zur Kreditgewährung für das Saargebiet verwandt sondern regelmäßig nach Frankreich abgehoben werden. Sie glaubt eben, sie darf im Namen des Völkerbundes sich der Saargebietsbevölkerung gegenüber jedes Unrecht erlauben.

*

Ein französisches Sprengstofflager an der saar-deutsch-lothringischen Grenze.

Die sozialdemokratische Volksstimme in Saarbrücken berichtet folgendes:

Die französische Bergwerksgesellschaft Saare et Moselle, die in Karlingen die ehemals deutschen Bergwerke im benachbarten Lothringen betreibt, hat die Absicht, auf der Höhe zwischen Spittel, St. Nikolaus und Karlsbrunn, im Walde, hart an der saarländischen Grenze, ein neues großes Sprengstofflager anzulegen, das 75 000 Kilogramm Sprengstoff umfassen soll und nach Verlautbarungen der Bergwerksdirektion notwendig geworden sei, da der alte, schon unter den Deutschen in Gebrauch gewesene Pulverschuppen nicht mehr ausreicht. Man kann dieser Angabe der Bergwerksdirektion ohne weiteres Glauben schenken, aber dabei doch der Auffassung sein, daß ihr Vorgehen bei der Anlage eines solchen Schuppens, hart an der Grenze zwischen Lothringen und dem Saargebiet, nicht einwandfrei gewesen ist. Ein solch großer Pulverschuppen, wie er dort neu angelegt werden soll, bedeutet selbstverständlich für die gesamten umliegenden Gemeinden, sowohl für die lothringischen wie für die saarländischen, eine beständige und nicht gering zu veranschlagende Explosionsgefahr. Während nun die Bergwerksdirektoren von Saare et Moselle die gesamten, in einem Umkreise von 5 Kilometern in Betracht kommenden 7 lothringischen Gemeinden, nämlich: Merlenbach, Freimengen, Homburg, Bettingen, Benningen, Koohorn und Rosbrücken von ihrem Plane rechtzeitig in Kenntnis gesetzt hat und sie aufgefordert hat, den Einwohnern diesen Plan bekanntzugeben, um sowohl den Gemeinden wie den Einwohnern Gelegenheit zu geben, von ihrem Einspruchsrecht Gebrauch zu machen, sind die in Betracht kommenden vier saarländischen Gemeinden, die ebenfalls im Umkreise von 5 Kilometern von dem Sprengstofflager entfernt liegen, nämlich die Orte: Lauterbach, Karlsbrunn, St. Nikolaus und Raßweiler, bisher über diesen Plan offiziell

überhaupt nicht verständigt worden und ihnen ist daher weder die Möglichkeit noch die Gelegenheit geboten worden, ihre Rechte geltend zu machen. Wie wir feststellen konnten, haben allerdings die Gemeinden, nachdem sie auf andere Weise von dem Plane Kenntnis erhielten, sofort die Einwohnerschaft entsprechend informiert und die Einwohnerschaft sowohl wie die zuständigen Gemeindefunktionen verlangen einmütig, daß ihre Rechte dabei gewahrt bleiben und die Bergwerksgesellschaft für den gesamten irgendwie entstehenden Schaden ihnen gegenüber haftbar ist. Leider ist die saarländische Gewerbeaufsicht für diese Dinge nicht zuständig und es wird die Aufgabe der Regierungskommission sein, die Rechte der saarländischen Einwohner zu schützen. Die rechtlichen Verhältnisse über die Anlage solcher Sprengstoffmagazine sind für unseren Bezirk geregelt durch die Verordnung des Regierungspräsidenten von Trier vom 31. Juli 1903.

Das erwähnte Blatt richtet an die Regierungskommission die Aufforderung, dieser Angelegenheit ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen, und die Rechte der saar-deutschen Bevölkerung der vier genannten Gemeinden wahrzunehmen. Die Tatsache als solche beweist jedenfalls aufs neue, daß die Saarregierung sich um die Interessen und das Wohl der Saargebietsbevölkerung nicht im mindesten kümmert, und daß den französischen Behörden das Wohl der Saargebietsbevölkerung fürchtbar schnuppe ist. Wo aber bleibt die Saarregierung? Es müßte doch sehr eigenartig zugehen, wenn sie von dem Vorhaben der französischen Grubenverwaltung nicht längst unterrichtet wäre. Welche Schritte hat sie unternommen, um die Rechte und die Wohlfahrt der Bevölkerung jenes bedrohten Gebietsteiles an der deutschen Saar sicherzustellen? Diese Frage wird sie, wie so viele andere, wo ihr die französischen Wünsche Befehl sind, fast lächelnd beantwortet lassen!

*

Die Notlage der Landwirtschaft an der Saar.

Das Saargebiet befindet sich zurzeit in einer wirtschaftlichen Notlage, wie kaum je zuvor, Absatzmangel infolge der diktatorisch angeordneten Zollabschnürung von Deutschland, die verhängnisvolle Einführung der Frankenwährung, die Ausfaltungspolitik der französischen Bergverwaltung der deutschen Bergarbeiterschaft gegenüber, ihre Raubbaupolitik auf den Saargruben, die Ueberfremdung der saarländischen Industrie mit französischem Kapital und dazu eine Ueberindustrialisierung mit Mangel an Absatzmärkten für die Produktion Frankreichs, verschärft noch durch eine nicht mehr zu überbietende neutral feindselige, jedoch französisch sich betätigende Verwaltungsmaschinerie an der Saar — alles das haben die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen in der ganzen Welt im Saargebiet zu besonders trasser Form sich entwickeln lassen. Daß unter diesen Erscheinungen auch die Landwirtschaft an der Saar zu leiden hat, ist erklärlich und ebenso erklärlich, daß kein gangbarer Weg gefunden wird, weil der einzig mögliche — die wirtschaftliche Wiedervereinigung mit Deutschland — von Saarregierung und Frankreich aus politischen Gründen verhindert wird. Wer die Dinge einigermaßen zu überblicken und zu beurteilen versteht, wird die Sorge um die Zukunft des Nährstandes an der Saar und damit um die Sicherung der bodenständigen Volksernährung nicht los.

In einem Aufsatz der Saarbrücker Landeszeitung wird auf die Notlage der Saarlandwirtschaft eingegangen und darin Erwähnung getan, daß die Abteilung Landwirtschaft der Regierungskommission zur Linderung der Not einen landwirtschaftlichen Kredit von 1 Million Franken gewährt hat. Dieses 1 Million-Franken-Kredit verteilt sich auf 45 000 landwirtschaftliche Betriebe, so daß auf den einzelnen 25 Franken entfallen. Dabei muß bedacht werden, daß von dieser 1 Million rund 450 000 Franken allein schon die diesjährigen Hagel- und Unwetter Schäden verschlingen, so daß zum Ankauf von Saatgut, Dünger- und Futtermitteln, von Schlacht- und Zuchtvieh, zum Ankauf und Unterhalt von landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen nicht mehr als rund 1/2 Million Franken übrig bleiben. Im übrigen wird in dem erwähnten Aufsatz das Verhalten der Steuerbehörden, die wieder unter dem Druck der steuerheischenden Saarregierung stehen, einer scharfen Kritik unterzogen. Es ist daher, so heißt es schließlich in den weiteren Ausführungen, nicht verwunderlich, wenn die Erregung und Bitterung auf dem Lande immer größer wird und unsere Landwirtschaft zur Verzweiflung treibt. Und das gilt für das ganze Steuerwühlwarr, für die Einkommen-, Umsatz- und Vermögenssteuer ebenso wie für die manchmal skandalösen Wertzuwachs- oder Erbschaftsteuerberechnungen. Oder gibt es keine Unterschiede zwischen entwerteten Papiermark- und Frankenberechnungen?

*

„Frankenlegionäre“.

„Der bestgehaßte Mann des Saargebiets“.

Es muß um den „Neuen Saar-Kurier“ und seine Zukunftsaussichten noch schlechter bestellt sein, als man es bisher annahm. Denn über die „Bedeutung“ des Saar-Kurier-Haustnechts Schoettler scheint man sich selbst in Kreisen der französischen Propaganda und ihrer Hintermänner gar keiner Illusion mehr hinzugeben. Und deshalb brauchte dieser Jüngling aus der Allee-straße ein Auftriebsmittel. Wie gerufen kam ihm Herr Steigener und sein Genosse Zimmer, die ihm von ihrem Plan, „Herrn Schoettler nach München zu entführen“, Mitteilung machten. Das gab mal eine Sensation für den „Saar-Kurier“! Der französischen Propaganda, vornehmlich Herrn Köchlin konnte man dadurch zu Genüge führen, daß man „den bestgehaßten Mann des Saargebiets“ sei. „Bestgehaßt“, „linksgerichtet“ und „Pazifist“!

Wir möchten aber doch meinen, daß sich dabei Franken-Schoettler hier etwas stark übernommen hat. Linksgerichtet? Wenn der Saar-Kurier den deutschen linksgerichteten Parteien unterstehen wollte, daß sein Inhalt die Auffassung dieser Kreise über deutsche Ehre und Würde wiedergäbe, dann würde Franken-Schoettler sich sehr bald in schärfstem Gegensatz mit diesen Kreisen befinden. Oder, was ja naheliegender wäre, Schoettler meint die französische Linksrichtung. Dann verstehen wir nicht, daß der Saar-Kurier bis heute noch nicht die Auslassungen beispielsweise der „Ere Nouvelle“ und des „Ceuvre“ über die unhaltbaren Regierungsmethoden der Saarregierung oder über das standalöse Verhalten und Auftreten der französischen Besatzung abgedruckt hat. Dann will Schoettler Pazifist sein; wir möchten einmal die Ansicht des Grafen Bernstorff oder des Abgeordneten Dr. Schüding oder etwa die des Abgeordneten Erkelenz über den „Pazifismus“ hören, den angeblich Schoettler im Saar-Kurier vertritt. Diese wirklich ehrlichen deutschen Pazifisten würden sich mit Entrüstung von einem „Pazifismus“ wenden, wie er im Saar-Kurier vertreten wird, der unter „Pazifismus“ französischen Militarismus meint! Allerdings, es gibt auch Leute, die sich „Pazifist“ nennen und die in der „Menschheit“ regelmäßig das Wort nehmen, allerdings das Wort unter dem Schutz der französischen Besatzung in Wiesbaden gegen Deutschland und seinen verzweifeltsten Kampf zur Erlangung der wirtschaftlichen und politischen Freiheit! Zu diesen Schreibern gehört auch Schoettler, der ja in der letzten Nummer auch „sein Attentat“ ausführlich auf Deutschlands Kosten behandelt. Schoettler wird genau wissen, weshalb der Verlag der „Menschheit“ von rechtsrheinisch nach dem Linksrheinischen hinübergewechselt ist.

Und dann „der bestgehaßte Mann des Saargebiets“. Es soll Leute gegeben haben, die an Größenwahn gestorben sind; ob Schoettler Wert darauf legt, an dieser Geisteskrankheit zu Grunde zu gehen, wissen wir nicht. Aber eines wissen wir: nicht Haß sondern grenzenloses Mitleid hat die Saargebietsbevölkerung mit jenem Mann, der nur noch unter dem Schutz französischer Bajonette sich der goldenen Freiheit erfreuen darf. Von ihm gilt lediglich das Wort in mehrfacher Beziehung: „noch so jung und doch schon so verdorben“. Was ist Schoettler wohl in dem Augenblick, wo die französische Propaganda und die französische Bergwerksdirektion die Gelder nicht mehr bezahlt, von welchen Schoettler und seine Gesinnungsgenossen vegetieren. Eine vollkommene Null, um die sich kein Spatz in Saarbrücken oder in Paris kümmert. Und wir können es uns lebhaft vorstellen, daß dieser Schoettler, der durch „sein Attentat“ sich interessant und bekannt machen wollte, vor diesem Augenblick zittert, wo für ihn das Napoleonwort Geltung haben wird und das die Franzosen ihm gegenüber zur Anwendung bringen werden: „Ich liebe den Verrat, aber haße den Verräter.“

*

Französische Propagandamänner in Sachen der Fremdenlegions-Werber.

Im Saargebiet waren in den letzten Monaten zahlreiche Fälle von Verschleppungen junger Leute in die französische Fremdenlegion bekannt geworden. Die politischen Parteien des Saargebiets, die Gewerkschaften, die Gemeindebehörden und Gemeindevertretungen, die Eltern von verschleppten jungen Leuten und andere berufene Stellen haben angesichts der außerordentlich regen Betätigung der französischen Agenten zur Anwerbung junger Saargebietsmänner für die französische Fremdenlegion die Regierungskommission ersucht, diesem Treiben der französischen Agenten ein Ende zu machen und die verschleppten jungen Leute aus den Klauen des französischen Militarismus zu befreien. Da aber Herr Rault als Präsident der Saarregierung kein Wort deutsch versteht, so verstand er auch nicht die Klagerufe, und also unternahm er auch nichts, ihnen nachzukommen. Vielleicht wollte er aber auch nichts hören, um der französischen Behörde und dem

französischen Militarismus keine unnützen Kopfschmerzen zu bereiten. Deshalb bleiben die Werber für die französische Fremdenlegion im Saargebiet und die Verschleppten warten noch heute ihrer Befreiung.

Als sich die Klagen über die französischen Legionswerber immer zahlreicher vernehmen ließen, nahm sich schließlich das Organ der französischen Propaganda, genannt „Neuer Saar-Kurier“, dieser Angelegenheit an, nicht in dem Sinne der Saargebietsbevölkerung natürlich; denn schließlich gibt Frankreich seine Propagandagelder nicht dafür aus, daß man seine Bestrebungen bekämpft. Der „Neue Saar-Kurier“ glaubte sich autorisiert, unternahm alle diese Nachrichten über verschleppte Saardeutsche in die französische Legion als „frei erfunden“ hinzustellen. Er behauptete, mit solchen Nachrichten wollte man nur die Bevölkerung gegen das „friedsamen“ und „antimilitärische“ Frankreich aufwiegeln.

Und dann hörte man eine längere Zeit nichts mehr von diesen Werbern, hörte auch selbstverständlich nichts von etwaigen Maßnahmen der Saarregierung. Dieser Tage nun tauchte in der „Deutschen Saar-Zeitung“ eine Nachricht auf, wonach ein Arbeiter Mathaes aus Bochum von einem unbekannten Mann von Essen aus ins Saargebiet gelockt worden sei unter dem Vorgeben, daß er ihm in Hanweiler bei Saarbrücken Arbeit beschaffen könnte. Als er in Hanweiler eingetroffen sei, habe ihn der Fremde veranlassen wollen, ihn nach Saargemünd zu begleiten, da dort das Arbeitsbureau gelegen sei. Mathaes habe schließlich Verdacht geschöpft und sich geweigert, über die Grenze zu gehen. Er sei aber trotzdem mit dem Fremden nach Saarbrücken zurückgefahren, der ihn zur Bergwerksdirektion begleitet hätte, vor deren Eingang er dessen Papiere abgefordert habe. Durch den Portier sei er dann nach Zimmer Nr. 10 und von dort nach Zimmer Nr. 17 verwiesen worden, wo sich dann herausgestellt habe, daß sich dort ein Werbebureau für die französische Fremdenlegion befände. In diesem Zimmer 17 befindet sich das Bureau des französischen Konsuls Köchlin, der hier als Vertreter des französischen Auswärtigen Amtes seine bekannte Tätigkeit als Verwalter des französischen Propagandafonds ausübt. Dieser Köchlin nun soll nach der Darstellung der „Deutschen Saar-Zeitung“ letzten Endes auch die Fäden der französischen Werbung für die französische Fremdenlegion für das Saargebiet in der Hand haben.

Diese letztere Behauptung, wie überhaupt die ganze Darstellung des Falles, macht uns stutzig und läßt uns erinnern, daß es eine Zeit gegeben hat, in welcher von Seiten der französischen Propaganda falsche Nachrichten über Uebergriffe, Verbrechen und sonstige Uebelheiten der französischen Besatzung in die reichsdeutsche Presse geschmuggelt wurden, nicht etwa, um die französische Besatzung herabzuwürdigen, sondern um durch Verächtlichmachung dieser bewußt falschen Nachrichten auch alle richtigen Nachrichten über Mißstände und Uebergriffe der französischen Besatzung als unglaubwürdig, als erfunden hinzustellen. Siehe „Saar-Kurier“: Eine seit Jahren von der französischen Propaganda zur Verwirrung der öffentlichen Meinung in der Welt oft angewandte Methode. Selbst während der Separatistenherrschaft in den Rheinlanden wurde diese Methode mit dem Erfolg angewandt, daß kaum noch jemand im Auslande an die Schreckensstaten der Separatisten glaubte, bis schließlich holländische, schwedische, englische und andere Auslands-Journalisten sich davon überzeugten, daß die Separatisten nicht nur eine Schreckensherrschaft, sondern geradezu eine Terrorherrschaft gegen die geknebelte Bevölkerung an Rhein und Ruhr ausübten. Auch der Besuch des englischen Generalkonsuls in München, Clive in der Pfalz, ist auf die Verwirrungsmanöver der französischen Propaganda zurückzuführen. Man wird sich erinnern, daß dieser Bericht und die Veröffentlichungen der ausländischen Journalisten über das Treiben der Separatisten dieser Banditenherrschaft letzten Endes ein Ende machten.

Uns scheint es, als ob auch die Saarregierung sich dieser französischen Propagandamethoden zu bedienen versteht, um die unangenehmen und lästigen Mahner und Ankläger wegen der unheilvollen Betätigung der französischen Legionswerber als unglaubwürdig hinzustellen. Es wäre daher nicht ausgeschlossen, daß die „Deutsche Saar-Zeitung“ einer französischen Propagandanachricht zum Opfer gefallen ist, die durch ihre Spalten in die Welt gesetzt wurde, um an Hand ihrer Unrichtigkeit zu „beweisen“, daß alle bisher veröffentlichten Nachrichten über die Anwerbung junger Saardeutscher für die französische Fremdenlegion „ausgemachter Schwindel“ sei. Die hoffentlich von den zuständigen Polizeinstanzen eingeleitete Untersuchung wird ergeben, welche Darstellung richtig ist.

*

Die Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Saarländischen Abkommens.

Wie bereits mehrfach erwähnt, bildet die Sonderverhandlung zwischen der Saar- und Lothringischen Schwerindustrie über die Regelung der lothringischen Eiseneinfuhr nach Deutschland die Voraussetzung für das Inkrafttreten des Saarländischen Abkommens. — Es muß ferner daran erinnert werden, daß sich der Reichstag nach Bekanntwerden des französischen Einfuhrverbots für deutsche Kohlen zunächst auf den Standpunkt stellte, daß eine endgültige Stellungnahme zu dem Saarländischen Abkommen nicht eher erfolgen könne, bevor nicht die Frage des Kohleneinfuhrverbotes ausreichend geklärt wäre. Der Reichstag hat daher die Besprechung des Saarländischen Abkommens, — wie sich aus der Niederschrift der Reichstagsverhandlung am 12. 8. 25 ergibt — auch zu dem französischen Kohleneinfuhrverbot Stellung nehmen müssen. — In diesem Sinne führt der Abgeordnete Dr. Hilferding (Soz.) als Berichterstatter über die Verhandlungen des handelspolitischen Ausschusses an, daß das französische Kohleneinfuhrverbot im Widerspruch zu den Verhandlungen stehe, die bei der Unterbrechung der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen zwischen Staatssekretär Trendelenburg und dem französischen Handelsminister Chaumet getroffen wurden.

Es wurde daher gleichzeitig mit der Annahme des Saarländischen Abkommens auf Empfehlung des Abgeordneten Dr. Hilferding folgende Resolution, — die gleichzeitig die Gegenseitigkeit für die späteren Revisionsverhandlungen fordert — einstimmig vom Reichstage angenommen:

„Der Reichstag ersucht die Reichsregierung, den Austausch der Ratifikationsurkunden nur nach einer befriedigenden Lösung des französischen Kohleneinfuhrverbotes vorzunehmen und bei den Verhandlungen über eine weitere Vereinbarung, sei es im Rahmen des deutsch-französischen Handelsvertrages, sei es im Rahmen eines besonderen Abkommens darauf hinzuwirken, daß künftig die volle Gegenseitigkeit gewahrt wird.“

Soweit hiernach im Rahmen der allgemeinen deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen eine befriedigende Lösung der Anwendung des französischen Kohleneinfuhrverbotes auf das Saargebiet in Frage kommt, glauben wir zu der Hoffnung berechtigt zu sein, daß bereits in aller nächster Zeit eine befriedigende Regelung getroffen wird. — Es kann damit gerechnet werden, daß dem Saargebiet ein Einfuhrkontingent von rund 35 000 Tonnen deutscher Brennstoff zur Verfügung gestellt wird und es darf erwartet werden, daß Formen für die praktische Ausnutzung dieses Einfuhrkontingents gefunden werden, die dem saarländischen Wirtschaftsleben jegliche Belästigungen ersparen.

Die französische Saar-Bergverwaltung ihr eigener Gesetzgeber?

Wie Frankreich und Saarregierung die Versailler Bestimmungen achten!

Nach den Bestimmungen des Vertrages von Versailles über das Saargebiet soll für die Ausbeutung der Gruben und ihrer Nebenanlagen auch weiterhin die Rechtsordnung maßgebend bleiben, die aus den deutschen Gesetzen nach deren Stand vom 11. 11. 1918 hervorgeht. Die Rechte der Bergarbeiter sollen ebenfalls nach dem gleichen Stande weiter bestehen bleiben. Eine Änderung dieser Gesetze und Verordnungen soll die Regierungskommission erst nach Einholung einer Äußerung der gewählten Vertreter der Bevölkerung und nach „vorheriger Befragung des französischen Staates“ vornehmen dürfen. In einem Auslegungsbefehl vom 7. August 1920 erklärte die Reg.-Kom., daß die gesetzgebende Macht, sogar was die Steuern angeht, ihr allein zustünde. Bei der „Anhörung oder der vorherigen Befragung“ (diese Bestimmung kommt in dem Saarländischen Statut wörtlich übereinstimmend sowohl dem französischen Staat wie der saar-deutschen Volksvertretung gegenüber vor) handele es sich lediglich um die Einholung einer gutachtlichen Äußerung, die die Reg.-Kom. nicht binde.

Gegenüber dem Landesrat wird diese Auslegung gewissenhaft erfüllt, denn die meisten gutachtlichen Äußerungen desselben werden bei der endgültigen Verabschiedung der dem Landesrat vorgelegenen Vorlagen nicht beachtet. Anders gegenüber der französischen Regierung. Obwohl auch diese nur das Recht der gutachtlichen Äußerung besitzt, räumt ihr die Regierungskommission ein Mitbestimmungsrecht bei Änderung von Gesetzen oder der Einführung neuer Gesetze ein.

Als die Regierungskommission des Saargebietes das deutsche Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 20. April 1920 im Saargebiet ohne Befragen des Landesrats und der französischen Regierung einführt, erhob die französische Regierung mit Erfolg dagegen Einspruch. Die Reg.-Kom. unter-

ließ die Verkündung des Gesetzes und trat mit der französischen Regierung über eine andere Gestaltung desselben in Verhandlungen ein. Diese erreichte, daß das Gesetz für den Saarbergbau nur in abgeschwächter Form angewandt wurde.

Ein neuer Fall liegt auf knappschaftlichem Gebiet vor. Die Reg.-Kom. unterbreitete dem Landesrat zwei Entwürfe, die die Zusammenlegung der für den Bergbau geltenden Knappschaftsvereine, die Aufhebung des Titel 7 des Bayerischen Berggesetzes, der das Knappschaftswesen für den Bayr. Teil des Saargebietes regelt, die Erweiterung des Geltungsbereichs des Preuß. Knappschaftsgesetzes von 1912 auf das ganze Saargebiet und den weiteren Ausbau desselben vorsahen. Aus der Begründung der Vorlagen ging hervor, daß die Reg.-Kom. die französische Regierung befragt hatte, also ihrer vertraglichen Pflicht nachgekommen war. Der Landesrat verabschiedete schließlich die Vorlagen, damit die Reg.-Kom. noch in der Sitzung vom 15. Juli dieselben zum Gesetz erheben könnte. Zwei Tage vor dieser Sitzung erhob die französische Regierung gegen die Vorlagen Einspruch und erreichte, daß die Reg.-Kom. die Verkündung des Gesetzes vorläufig unterließ.

Die französische Regierung führt zur Rechtfertigung ihres Vorgehens an, daß der Vertrag von Versailles dadurch, daß er die Aufrechterhaltung der für den Bergbau geltenden Gesetze nach dem Stande von 1918 garantierte, einen Dauerzustand geschaffen habe. Jede Änderung der für den Bergbau geltenden Gesetze zugunsten der Bergarbeiter bedeute eine Änderung des Vertrages zuungunsten des französischen Staates. Es liege damit also eine Vertragsverletzung vor. In einer Vertragsänderung bedürfe es aber der Zustimmung der französischen Regierung, die diese aus grundsätzlichen Erwägungen aber nicht erteilen wird.

Gegenüber dieser Auffassung der französischen Regierung ist es wertvoll, entgegenge setzte Äußerungen der Vertragsgegner festzuhalten. Auf die Einwände der deutschen Regierung gegen den 1. Entwurf des Versailler Vertrages, in denen diese nach der sozialen und arbeitsrechtlichen Seite Befürchtungen äußerte, erklärten die alliierten und assoziierten Mächte feierlich, daß der Vertrag den Einwohnern des Saargebietes, zu denen auch die Bergarbeiter gehören, auf fiskalischem und sozialem Gebiete eine Reihe von Sonderprivilegien biete. . . ihre Rechtslage würde verbessert werden. . . In den Bestimmungen des Vertrages von Versailles über das Saargebiet ist sogar die Möglichkeit offen gelassen, daß der Völkerbund eine internationale gesetzliche Regelung der Arbeitsbedingungen vornimmt. Falls das geschieht, soll diese auf das Saargebiet Anwendung finden, ohne daß es dazu einer Befragung des französischen Staates bedürfe. Bleibt die Auffassung der französischen Regierung, der die Reg.-Kom. des Saargebietes zustimmt, weiterhin bestehen, sind die Saarbergarbeiter rechtlos, denn gegen den Willen ihres Arbeitgebers kommt kein Gesetz zu ihren Gunsten zustande.

Die Sozialversicherung des Saargebietes.

Zu der in der deutschen Presse verbreiteten Meldung, daß die Wiederangliederung der Sozialversicherung des Saargebietes an die Versicherungsträger des Deutschen Reichs verlangt worden sei, wird mitgeteilt, daß der Landesrat in Übereinstimmung mit den Berufsverbänden der Arbeitnehmer mehrmals und vor längerer Zeit diesen Rückanschluß verlangt hat.

Die Bestimmungen des Vertrages von Versailles über das Saargebiet garantieren den Saarbergarbeitern die bei Inkrafttreten des Versailler Vertrages erworbenen Rechte und Anwartschaften nach dem damaligen Stand. In einer weiteren Bestimmung wird dann sämtlichen Versicherten des Saargebietes feierlich versprochen, daß durch den Vertrag von Versailles ihre Rechte auf Versicherungs- und Rentenangelegenheiten in keiner Weise berührt würden. Der deutschen Regierung, deren Verwaltungsbefugnisse auf das Saargebiet suspendiert wurden, wird zur Pflicht gemacht, im Verein mit der Regierungskommission des Saargebietes alle Rechte der Versicherten aus der Sozialversicherung anrecht zu erhalten und zu schützen.

Die französische Regierung drang aber im Verein mit der Regierungskommission auf die Abtrennung aller sozialrechtlichen Verbindungen mit dem Mutterlande. Um die Knappschafts-Berufsgenossenschaft als Träger der Unfallversicherung für den Saarbergbau auszuscheiden, wurde für den Saarbergbau ein sogen. Unfallausschuß gebildet, der nur von Franzosen geleitet wurde.

Derselbe hatte die Unfälle zu entschädigen, die sich nach der Übernahme der Gruben durch Frankreich ereigneten. Die Entschädigung aller anderen Unfälle mußte das Deutsche Reich übernehmen, das sich dabei der Knappschafts-Berufsgenossenschaft bediente. Der Saarbrücker Knappschaftsverein, als Träger der knappschaftlichen Versicherung für den preußischen Teil des Saarbergbaues war bei dem Knappschaftlichen Rückversicherungsverband in Charlottenburg angeschlossen. Gegen den Willen der Vertreter der Bergarbeiter mußte die Verbindung mit diesem gelöst werden. Nachdem durch das Inkrafttreten des Reichsknappschaftsgesetzes das Preussische Knappschaftsgesetz und der 7. Titel des

Preussischen Berggesetzes, der die Knappschaftliche Versicherung zugeht, für das Reichsgebiet außer Kraft gesetzt sind, aber für das Saargebiet weiter bestehen bleiben, ist auch die einheitliche Rechtsgrundlage für den Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen zur Wahrung der Freizügigkeit der Bergarbeiter zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Deutschland verschwunden. Die Knappschaftsvereine des Saargebietes und der Reichsknappschaftsvereine suchen sich durch Notverträge über diese gesetzklohe Lage hinweg zu helfen. Die Folge dieser Knappschaftlichen Loslösung ist natürlich, daß die Rentenempfänger des Saarbergbaues bedeutend niedrige Bezüge erhalten, als die des übrigen deutschen Bergbaues. Dabei ist die Beitragsleistung für den Saarbergbau im Verhältnis zu seinen Leistungen größer, als wenn die Leistungen auf den ganzen deutschen Bergbau verteilt wären.

Nachdem die französische Regierung und die Regierungskommission in dieser Weise einseitig vorgegangen waren, ließ sich die deutsche Regierung zu Verhandlungen über die Abtrennung der Sozialversicherung des Saargebietes von der des übrigen Deutschlands herbei. In der ersten Verhandlung zwischen der deutschen Regierung und der Regierungskommission des Saargebietes im Mai 1920 einigte man sich über die Schaffung besonderer Versicherungsträger im Saargebiet und die Schaffung einer gemischten Gerichtsbarkeit für Streitfälle, die Versicherungsträger des Saargebietes und des übrigen Deutschlands betreffen würden. Es wurde für das Saargebiet errichtet eine Saarknappschafts-Berufsgenossenschaft, als Nachfolgerin der Knappschafts-Berufsgenossenschaft, ferner eine gewerbliche und landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft, eine Versicherungsanstalt für das Saargebiet als Träger der Invalidenversicherung und eine Anstalt für die Angestelltenversicherung. Die Folge der Vervielfachung der Sozialversicherung nach einer vorübergehenden Besserstellung während der Inflationszeit ist, daß die im Saargebiet gezahlten Leistungen durchschnittlich kaum die Hälfte der Beträge erreichen, die gegenwärtig im übrigen Deutschland gezahlt werden. Der Landesrat und die Gewerkschaften des Saargebietes können den Wiederanschluß der Sozialversicherung mit um so größerem Recht verlangen, als sie bei der Abtrennung derselben weder gefragt wurden, noch jemals sich mit derselben abgefunden haben.

Ein Franzose über Versailles.

Der Arbeitsausschuß deutscher Verbände Berlin veranstaltete vor einiger Zeit einen Vortragsabend, in dem der Reichsminister a. D. Dr. Dernburg über das vor kurzem in Italien erschienene und in deutscher Uebersetzung vom Verlag für Kulturpolitik Berlin herausgegebene Buch des ehemaligen französischen Generalkonsuls und Gesandten Alcide Ebray: „Der unsaubere Frieden“ sprach.

Einleitend hob der Vortragende hervor, daß Ebray sich in seinem Buch vor allem an seine eigenen Landsleute wende und insbesondere an das französische Bürgertum, aus dem er selbst hervorgegangen ist und das ja im wesentlichen auch heute noch an der Auffassung festhält, die von seinen Regierenden hinsichtlich der Gerechtigkeit des Vertrages von Versailles immer noch zum Ausdruck gebracht werde. Redner führte dann sofort in den Geist des Buches ein, als dessen Motto gleich zu Beginn desselben der Ausspruch erscheint: „Durch Wahrheit zur Wiederveröhnung.“ Zwei Zitate, das eine von Asquith, dem ehemaligen englischen Ministerpräsidenten, das andere von Romain Rolland, dem berühmten französischen Schriftsteller, drücken die Motive besonders deutlich aus, die Ebray in seinem Werke leiteten, indem es darin heißt: „Das ist nicht der saubere Frieden, den wir alle, ohne Unterschied der Parteien, erbaten und erstreben“; das andere: „Ohne einen gewaltigen Streich sehe ich am Horizont ein Jahrhundert des Hasses, neuer Revanchekriege und der Zerstörung der europäischen Zivilisation.“ Dieser gewaltige Streich ist gegen die in Paris geschlossenen Friedensverträge zu führen, ohne deren Revision ein „sauberer Friede“ nicht hergestellt werden kann. Ebray wendet sich mit hohem Mute der Bekenntnis namentlich gegen die Verletzung der im Vorfriedensvertrage vom 5. November 1918 vertraglich festgelegten Bedingungen des Wilsonschen Friedensprogramms, das von den Alliierten und Assoziierten in den späteren Friedensverhandlungen einfach beiseite geschoben worden sei, mit der namentlich von französischer Seite gegebenen Begründung, „man befinde sich durch die bedingungslose Auslieferung Deutschlands veränderten Verhältnissen gegenüber“. Scharf wendet sich Ebray gegen die von Marshall Foch aufgestellte These über die Bedeutung eines Waffenstillstandes und weist an Hand von Zitaten feindlicher Heerführer nach, daß Deutschland absolut nicht so lapidariert habe, wie es der Marshall behauptet. Von eminenter Bedeutung auch für die Zukunft hält Dr. Dernburg die Tatsache, daß Briand, der jetzige Außenminister, es gewesen ist, der 1921 den ersten Bruch des Vertrages von Versailles durch die Besetzung von Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg herbeigeführt und dabei zugegeben hat, daß eine Berechtigung hierzu im Vertrage nicht vorhanden gewesen sei. Gerade die kritische Behandlung

der Sanktionspolitik Frankreichs durch Ebray zeige, daß man auch in Zukunft vor einer Wiederholung derselben nicht sicher sei. Auch das Dawes-Gutachten habe ja die französische These von der Berechtigung eines einseitigen Vorgehens Frankreichs im Falle deutscher Verfehlungen nicht angetastet, wenn auch gegen dieses Vorgehen einige Sicherungen vorgeesehen sind. Für französische Ohren unangenehm klingt zweifellos die Darlegung Ebrays über die politische und moralische Isolierung Frankreichs im Falle künftiger europäischer Verwicklungen. Deutschland erstrebt keinen Krieg der Rache, aber es müsse einen Krieg der Befreiung führen, wenn nicht eine Revision der Vertragsbestimmungen erfolge, deren Herbeiführung für Deutschland einfach eine Lebensfrage ist. Möge der Appell Ebrays bei der Errichtung eines sauberen Friedens namentlich bei seinen eigenen Volksgenossen nicht ungehört verfliegen.

An die mit großem Beifall aufgenommene 1½stündige Rede knüpfte sich eine angeregte Diskussion, an der sich u. a. beteiligten: Generalleutnant von Altrod, Professor Görde, Reichsminister a. D. Dr. Schiffer, Gesandter a. D. Raschdau, v. Wegerer, Reichsminister a. D. Dr. Rosen, der insbesondere betonte, daß sich das deutsche Volk mehr mit diesen durch Ebray aufgeworfenen und so gründlich behandelten Fragen abgeben möge.

Das vergessene Saargebiet.

Ein Beitrag zum Kapitel Verkehrspolitik.

Friedensvertrag und Dawes-Plan haben bekanntlich Deutschland große finanzielle Verpflichtungen auferlegt, eine riesenhafte Bürde, wie sie noch kein Land der Erde im Zeitgeschehen getragen hat. Als ein um so mehr erfreuliches Zeichen ist zu buchen, das trotz alledem unsere Verkehrspolitik nicht lamgelegt worden ist; vielmehr tun die Reichsbehörden alles, um die Wege des Verkehrs instand zu setzen und, so weit es angängig, diese auszubauen. Es soll an dieser Stelle einmal ein Wort über den Fernverkehr mehr gesagt werden, der schon seit geraumer Zeit im Zeichen des Wiederaufbaues steht. Mit Befriedigung kann heute festgestellt werden, daß nach fast allen Nachbarländern Deutschlands der Sprechverkehr auf direktem Wege wieder aufgenommen ist, selbst neue Ueberseekabel sind hergestellt und in Benutzung genommen. Der gegenüber der Vorkriegszeit erheblich stärkere Telephonverkehr hat naturgemäß das Bedürfnis nach Vermehrung der Leitungen ergeben, und auf den großen Linien ist manche wertvolle technische Neuerung eingeführt. (Man denke nur an die als Relais eingebauten „Verstärker“, die durch Einschaltung neuer Batterien eine tadellose Verstärkung auch auf Entfernungen wie München-Hamburg ermöglichen.) Noch immer aber liegen die Verhältnisse des Verkehrs im Westen und Südwesten Deutschlands bedenklich im argen. Das besetzte Gebiet hat für seine von Besatzungsmächten requirierten Leitungen so gut wie gar keinen Ersatz erhalten. Das verstärkte deutsche Leitungsmetz hat seine Endpunkte in Frankfurt, Köln usw. Darüber stößt der Verkehr sehr. Es bestehen beispielsweise zwischen Frankfurt a. M. nach dem Saargebiet nur drei Leitungen, keinesfalls die besten, die abgesehen von dem erheblich gesteigerten Verkehr im Inlande auch noch den Drahtverkehr aus Frankreich mit zu bewältigen haben. Gerade dieser Drahtweg (Berlin-Frankfurt-Saarbrücken über die französische Obergrenze nach Paris) entspricht heute keineswegs mehr dem tatsächlichen Erfordernis. So unglaublich es klingt: Saarbrücken hat als einzige deutsche Großstadt heute noch keine direkte Telephonverbindung mit der Reichshauptstadt! Diese Verbindung, schon seit einem Jahrzehnt projektiert, konnte bis jetzt noch nicht ausgeführt werden. Nicht zuletzt sind allerdings die veränderten politischen Verhältnissen daran schuld gewesen; aber befremdend muß es wirken, daß dieses Projekt auch jetzt nach unverkennbarer Stabilisierung der Lage weiterhin unerledigt bleiben soll. Nichts ist dringender zu empfehlen, als daß im nächsten Etatsjahre das Reichspostministerium dieses alte Projekt in Angriff nimmt. Das Saargebiet sollte unter keinen Umständen länger vergessen werden.

Man könnte nun einwenden: die Kosten sind zu hoch. Gerade die Verwirklichung dieses Projekts macht weniger Kosten als etwa der Bau einer neuen Leitung. Soweit wir unterrichtet sind, bestehen jetzt schon 12 Fernsprechleitungen Berlin-Frankfurt. Es wäre eigentlich nur noch die Herstellung einer oberirdischen Leitung von der Metropole am Main bis zur Saargebietsgrenze (Namborn) nötig, das sind etwa 80 Kilometer, den Rest hätte die Verwaltung des Saargebietes zu bauen. Eine der Leitungen Berlin-Frankfurt bliebe für den durchgehenden Verkehr Berlin-Saarbrücken und umgekehrt reserviert. In Zeiten des starken Verkehrs wird das zwar heute schon in der Praxis so gehandhabt. Das ist aber nur ein Nothelf und nur möglich durch geschickte Disponierung der Direktion des Telegraphenamts Frankfurt. Letzteres Amt, ebenso wie Köln, sind heute durch den internationalen Verkehr stark in Anspruch genommen. Es wird hohe Zeit, daß das Oberpostministerium seinen bisher ablehnenden Standpunkt ändert. Noch vor einem Vierteljahr ist vom Ministerium

die Frage des Bedürfnisses glatt verneint worden — in Anerkennung der Tatsachen. Ausweislich statistischer Erhebungen wird heute bereits für eine Zeitdauer von insgesamt 5—6 Stunden täglich allein von der Saarpresse und den Vertretern der reichshauptstädtischen Presse in Saarbrücken der Drahtweg nach Berlin dringend benötigt. Dazu kommen noch zahlreiche Gespräche anderer Teilnehmer des Anschlußbereichs Saarbrücken (Zirkale der deutschen Großbanken, die Geschäftswelt usw.), worin sich auch nach der wirtschaftlichen Abtrennung des Saarlandes die nicht zu lösende enge Verbindung mit dem Reiche dokumentiert.

Mit besonderer Aufmerksamkeit müssen die zuständigen Stellen die hier kurz skizzierte Angelegenheit verfolgen, denn jedem Einsichtigen wird heute die Tatsache offenbar, daß die französische Verkehrspolitik bezüglich des Saargebietes wesentlich anders eingestellt ist. Zu den bestehenden direkten zwei Leitungen Saarbrücken—Paris kommen in nächster Zeit zwei weitere hinzu, ferner sind sechs neue Leitungen für den Verkehr mit Ostfrankreich vorgesehen. Alles das kostet Frankreich viel Geld; es macht dem Saargebiet geradezu ein Geschenk, da der Bau, von den 3 Kilometern bis zur Grenze abgesehen, samt und besonders auf seine Kosten geht. Durchsichtige Politik natürlich! Das Saargebiet — als einziges Abstimmungsland, welches das Reich noch besitzt — will aber seine deutschen Interessen in erster Linie gewahrt wissen. Es gilt darum, je eher desto besser, einen sehr nachteilig wirkenden Mangel zu beseitigen und einen Weg zu finden, der auch für das Saarrevier einen verkehrstechnischen Fortschritt bringt.

Die älteste Eisenhütte des Saargebietes.

Von H. B. Buchleitner.

Daß schon zur Zeit der Römer in unserer Heimat Bergbau auf Kupfer und andere Erze getrieben wurde, möchten die Funde beweisen, die man im Laufe der Zeit an verschiedenen Stellen gelegentlich machte; auch heute noch stoßen wir bisweilen auf Eisen- und Kupferschlacken, die erkennen lassen, daß das damalige Schmelzverfahren noch auf primitiver Stufe stand. Im allgemeinen ist uns über die Eisenherstellung in unserer Heimat erst seit dem 16. Jahrhundert Genaueres bekannt. Die älteste Eisenhütte in der Grafschaft Saarbrücken dürfte diejenige von Geislauren sein, die im Bereiche des Winkels lag, den der aus dem Rorndtwald kommende Lauterbach durch seinen Einfluß in die Rassel bildet. Es datieren die ältesten Belehnungsurkunden über dieses Werk vom 29. Dezember 1572 und 23. Dezember 1585. Beständer (Pächter), die in dieser Gegend Eisenerze gefunden hatten, erhielten durch erstere Urkunde von dem damaligen Saarbrücker Grafen Johann IV. die Erlaubnis und das Recht, Eisenerze sowohl als auch „Mithierung und Leuterung“ (Zuschläge) in der ganzen Grafschaft aufzusuchen und zu gewinnen. Eigentliche bergrechtliche Verleihungen auf Eisenerze gab es damals in der Grafschaft nicht, sondern das Recht zum Erzgraben war lediglich den Pächtern der Eisenschmelzen eingeräumt. Im einzelnen war die Gräberei gestattet, sowohl in hohen Wäldungen, als auch im Felslande, jedoch in allen Fällen unter dem ausdrücklichen Vorbehalte (Urkunde vom 26. Dezember 1588) vollständigen Ersatzes des dem Grundeigentümer durch den Betrieb der Erzgruben erwachsenden Schadens, sowie unter der Bedingung, die Erze „nach Bergwerksmanier nacheinander und nicht auf Raub“ graben zu lassen. Erst um die Mitte des 18. Jahrhunderts wurden die einzelnen Schmelzereien auf bestimmte kleinere Striche begrenzt.

Die Pächter waren also berechtigt, in der Grafschaft Hammer und Schmelze anzulegen. Obwohl durch die erste Urkunde den Beständern auch das Recht des Kohlengrabens erteilt war, scheinen sie jedoch von diesem Zugeständnis keinen Gebrauch gemacht zu haben. Als Abgaben hatten die Hüttenmeister den üblichen Zehnten zu entrichten. Aus einer Abrechnung mit den Hüttenmeistern geht hervor, daß in der Zeit von 1588—1590 auf Schmelze und Hammer in Geislauren hergestellt wurden: An Lehmgut 529 Zentner 3 Pfund, eiserne Ofen und 31 Zentner 29 Pfund Häfen (Töpfe), an Schmiedeeisen, Stangen-eisen und Platten 727 Zentner 109 Pfund. Einerseits das sich bald einstellende spärliche Vorkommen der Erze in der Geislaurener Umgebung, andererseits die zu kurz bemessene Pachtfrist von fünf Jahren, mußten ein vorteilhaftes Resultat der Pächter zweifellos in Frage stellen. Johann IV. Nachfolger, Graf Philipp III. (1574—1602), dem die Hebung und Förderung der nun einmal begründeten heimatischen Industrie nicht gerade gleichgültig war, suchte dem sich einstellenden Erz-mangel nach Möglichkeit abzuhelfen. Er trat mit dem Herzog von Lothringen in Verhandlungen und erreichte im Jahre 1581, daß nötigenfalls die fehlenden Erzmengen zum Weiterbetrieb der Hütte von Dillingen bezogen werden könnten. Weiter gestattete er 1585 zwei Heideberger Bürgern, an der Rassel bei Geislauren eine Eisenhütte mit Schmelze, Pochwerk und Schmiede zu errichten. Gegen Entrichtung des Zehnten sollten sie daselbst auf die Dauer

von zwanzig Jahren betreiben dürfen. Dieses Unternehmen zu Geislauren suchte der Graf in jeder Hinsicht zu fördern; er ließ den Pächtern Land, Holz, Baumaterialien und einige Morgen Wald kostenlos überweisen mit dem Rechte, Erze in dieser Gegend zu graben, wo sie sich fänden. Unter solchen Vergünstigungen gestaltete sich die Hütte bald zu einem rentablen Betrieb.

Jedoch scheint es, als ob die Beständer von Heidelberg die Hütte keine zwanzig Jahre innehatten; denn bereits Ostern 1621 finden wir das Werk des Prevot du Rauenach Francois Devaulx Sr. de Lozenges überlassen. Der hierbei abgemachte Pachtzins von 1600 Gulden (er hatte vorher 300 fl. betragen) mußte infolge einer Beschwerde des Prevots schon 1625 auf 1000 fl. herabgesetzt werden; als Grund wurde angegeben, daß man das Erz nur schwierig in der Grafschaft haben könnte und daselbst „anderswo bei Diederhofen mit schweren Untkosten beigebracht werden müsse.“ Wir sehen also, daß bereits 1625 an der Saar vorübergehend lothringische Minette (aus der Hayingener Gegend) verschmolzen wurde. Devaulx hatte nämlich durch Urkunde vom 24. März 1622 von König Philipp von Frankreich gegen Zahlung von jährlich 13 Goldgulden die königliche Permission erhalten, ebenso wie andere Hüttenmeister in der Hayingener Gegend Erze zu graben. Mittels Schiff wurden dieselben mofelabwärts bis Konz (bei Trier) und von hier aus saaraufwärts bis Wehrden-Geislauren befördert. Ein langjames Erlahmen des Hüttenbetriebes setzte 1628 ein, als die Saar bei Wallerfangen gesperrt wurde, womit für das gesamte Saarbrücker Land die Drangsale des Dreißigjährigen Krieges begannen. Etwa um 1630 scheint die Geislaurener Hütte völlig verlassen worden zu sein.

Wie allenthalben im Saargebiet sich die Eisenindustrie von ihrem während des langen Krieges erlittenen Zusammenbruch nur langsam wieder aufrichtete, dauerte es etwa 100 Jahre, bis das Werk Geislauren wieder in Betrieb genommen wurde. Anfangs der 1730er Jahre wurde die Hütte wieder eröffnet und erhielt bald einen zweiten Schmelzofen und auch einen zweiten Hammer. Die Hütte scheint bald wieder zu hoher Blüte gelangt zu sein, was aus einem Berichte von 1734 zu entnehmen ist, in dem sich der Hütteschreiber Gottfried Köchling äußert, „die verschiedenen Schmelzen der Grafschaft, unter ihnen auch die zu Geislauren, täten der Schmelze im Querschied der Wald großen Abbruch; daß sie die sämtlichen Kunden anziehen würden durch bedeutend billigere Abgabe der Hüttenprodukte.“ Eine besonders tatkräftige Förderung erfuhr die heimische Industrie um die Mitte des 18. Jahrhunderts durch den Saarbrücker Fürsten Wilhelm Heinrich. Die bereits bestehenden Werke wurden vergrößert und vor allem an der Vervollständigung der Eisenschmelzen gearbeitet. Im allgemeinen hatten sich sämtliche Eisenhütten der reichlichsten Unterstützung seitens des Landesherren zu erfreuen, trotzdem sie an Privatunternehmer in Zeitpacht gegeben waren. Das Geislaurener Werk wurde an den Rats Herrn Joseph Olry aus Metz verpachtet, dem der Graf durch Urkunde vom 18. April 1749 erlaubte, „in der ganzen Ausdehnung seiner Staaten alle Sorten Erz zu suchen und zu graben, auch zu deren Verschmelzung alle erforderlichen Hütten zu bauen,“ wogegen Olry den Zehnten von sämtlichen Erzeugnissen abzuliefern hatte. Trotz der großen Zugeständnisse an die Pächter hatte der Fürst doch stets das Wohl seiner Untertanen im Auge; in den Pachtverträgen war nämlich die Klausel meist eingeführt, daß auf den Hüttenwerken möglichst Einheimische beschäftigt werden sollten. Zu dieser Zeit stellte man zu Geislauren auch schon Stahl her, der einen solchen Ruf erlangte, daß Friedrich der Große mehrere Stahlmacher, unter ihnen einen gewissen Eberhard Groll bewog, zur Einführung der Stahlfabrikation in seinem Lande nach Malapane in Ober-schlesien zu kommen.

Weniger Interesse für die heimische Industrie zeigte Wilhelm Heinrichs Nachfolger, Fürst Ludwig (1768—1793); er hatte meist seinen persönlichen Anteil im Auge und ging auch unter seiner Regierung manche Schmelze in der Grafschaft ein. Die Hütte zu Geislauren kam in Pacht an die französische Gesellschaft Leclere, Joly und Kompagnie, welcher der Fürst gleichzeitig am Januar 1776 vertraglich den ausschließlichen Handel mit Steinkohlen „in die französischen Lande und in die von Saarbrücken der Saar hinauf liegenden Teutsche Orte“ übertrug. In den 70er Jahren lieferte die Geislaurener Hütte zwei Sorten verzinnertes Weißblech, eine dunklere (mit 10 % Bleizusatz) zu Dachrinnen und eine hellere zu Häfen (Kochgeschirr). Nun kam die Revolution und im Anschlusse daran die französische Herrschaft. Während manche Industrieanlagen zurückgingen, ja förmlich eingestellt werden mußten, vornehmlich wegen Absatzmangel, blieb die Geislaurener Hütte fast anhaltend in lebhaften Betrieb; einerseits hatte sie Heereslieferungen für Frankreich, andererseits auch großen Privatabsatz nach dem nahen Frankreich. Anfangs überließ die französische Regierung den bisherigen Pächtern die Staatsdomänen, später wurden sie einer Gesellschaft Equer in Paris in Zeitpacht gegeben. Nach 1798 wurde ein Werk nach dem andern veräußert; nur das Hüttenwerk Geislauren betrieb sie auf eigene Rechnung, um damit später die

halten werden, daß jeder nach seiner Kraft in diesem Sinne zu wirken bestrebt sein wird.

Gelegentlich des Empfanges in Saarbrücken gab Herr Dr. Dietrich als Vertreter der Handelskammer einen kurzen Überblick über die Wirtschaftslage des Saargebietes und seiner Industrie. Von großem Interesse waren die Ausführungen über die Entwicklung der politischen Verhältnisse von heute, die als Folge des Versailler Unfriedensvertrages zustande gekommen sind, so die Zollmäßigkeit Zugehörigkeit zu Frankreich, die Einführung der Frankennährung, die Besetzung der Kohlengruben und Hüttenwerke durch die Franzosen. Nur die Köchlingschen Werke haben sich bisher als einzige von französischer Beeinflussung und französischem Kapital freihalten können. Ueberrascht hat die übergroße Mannigfaltigkeit der Saarindustrie. Daß allein deutscher Fleiß, deutsche Arbeitstreue das alles geschaffen und die Bevölkerung ferndeutsch dabei empfunden habe, betonte der Redner zum Schluß ganz besonders. Man möge im Reiche Kunde geben von allem Geschaften und hinausrufen so oft es möglich sei: „Die Saar ist deutsch und wird immer deutsch sein!“

Die Besichtigung von Werken verschiedenster Art, u. a. des Köchlingschen Stahlwerkes, der Schraubenfabrik von Karcher, Roth & Cie. in Bedingen, der Glashütte von Vopelius-Wenzel und der Beder-Bräuerei in St. Ingbert ließ bei allen Teilnehmern die Ueberzeugung aufkommen, daß hier eine bedeutende Industrie in Blüte steht. Die Bevölkerung zeigte sich überaus freundlich, die Freude über den Besuch Reichsdeutscher war allgemein recht groß, hofft man doch auf saardeutscher Seite im schweren Kampfe um das Deutschtum gegenüber den dort immer aggressiveren Franzosen auf rege Unterstützung und Mitarbeit. Nicht oft genug glaubte man den Teilnehmern der Exkursion über die bedrängte Lage und die Treue zum Reich Aufschluß geben zu sollen und das mit Recht.

Wenn auch darüber kein Zweifel besteht, daß die Abklimmung in zehn Jahren zu Deutschlands Gunsten ausfallen wird, wie ja schon die mit einer Urabstimmung vergleichbare erhebende Jahrtausendfeier bewies, so will man doch der Gefahr der Entfremdung mit den Reichsdeutschen entgegenwirken. Hierbei mitzuhelfen und in diesem Sinne zu wirken, hat jeder einzelne Exkursions-Teilnehmer als Pflicht und Aufgabe für sein Teil übernommen. So ist eine Vereinigung der Zwecke dieser Saarlandfahrt, industriefachliche Kenntnisse und allgemeine Erfahrung bei Land und Volk zu sammeln, in recht glücklicher Form erzielt worden. Daß sie reiche Früchte tragen wird, dafür bürgen die in jeder Beziehung starken Eindrücke.

Kleine Tageschronik.

Betriebstechnische Wander-Ausstellung in Saarbrücken.

Am 23. August wurde im Saarbrücker Reform-Gymnasium die betriebstechnische Wander-Ausstellung der Arbeitsgemeinschaft deutscher Betriebsingenieure eröffnet.

Zweck und Ziel dieser Ausstellung faßt der „Führer“ durch die Ausstellung in die Worte: Güte und Kosten. „Steigerung der Güte und Verminderung der Kosten sind die Forderungen, die heute unter dem Druck gemeinsamer Not gebieterischer denn je nach Erfüllung verlangen.“ Die Fortschritte der Arbeitsmethoden und deren Hilfsmittel werden durch diese Ausstellung zur anschaulichen Darstellung gebracht. Der Betriebsmann, so laßt der „Führer“, soll durch der Praxis entnommene Beispiele rasch einen Überblick über die neuesten Errungenschaften auf dem Gebiete der Arbeitsmaschinen, Vorrichtungen und Einrichtungen für die Fertigung gewinnen und die Bedeutung zeitgemäßer Arbeitsmethoden und -mittel der Betriebsorganisationen durch die unmittelbare Anschauung kennen lernen. Die Beispiele sollen ihn zu der Ueberlegung anregen, welche der dargestellten Anschauungen sich für die Einführung in seinem Betrieb eignen.

Die Ausstellung in Saarbrücken ist, wie die Saarbrücker Zeitung mit Recht bemerkt, als ein wichtiges förderndes Bildnis des Saargebietes zur deutschen Wirtschaft zu begrüßen, daß deutsche Arbeit wieder ihren alten Welt Ruf zurückgewinnt zum Besten der deutschen wirtschaftlichen Zukunft.

Zu der Eröffnungsfeierlichkeit hatten sich neben den Vertretern wirtschaftliche Organisationen und Berufsverbände und vor allem Vertreter wirtschaftlicher und kommunaler Behörden eingefunden, um durch ihre Anwesenheit zu beweisen, daß sie der Ausstellung weitgehendstes, wirtschaftliches und wissenschaftliches Interesse entgegenbringen. Es handelt sich bei dieser Ausstellung, worauf die Saarbrücker Landeszeitung hinweist, um nichts mehr als ein erstklassiges deutsches Forschungsinstitut. Es ist bezeichnend, sagt das Blatt, daß dieses Unternehmen, das für sämtliche mit der Technik irgendwie verbundenen Kreise von hervorragender Bedeutung ist, erst nach Kriegsende entstanden ist. Die Verarmung der deutschen Wirtschaft, ihre Inanspruchnahme durch den Krieg bis zur letzten Kraftverausgabung, ließen es notwendig erscheinen, ein Institut zu schaffen, das durch Verwertung allgemeiner Erfahrungen den Weg zur vollkommeneren Rationalisierung der technischen Vorgänge überhaupt bahnen sollte. So geht die Bedeutung der Ausstellung und des Unternehmens weit über den Rahmen hinaus, den der offizielle

Name angibt und wird zu einem wesentlichen Bestandteil deutscher Wirtschafts- und Sozialforschung überhaupt.

Saarbrücken: Die Bevölkerungsziffer der Stadt Saarbrücken weist Ende des Monats einen Stand von 125 089 auf, was gegen den Stand zu Anfang des Monats einen Rückgang von 52 Köpfen bedeutet. Der Rückgang ist ausschließlich auf eine stärkere Abwanderung zurückzuführen, während der Geburtenüberschuß mit 155 einen verhältnismäßig hohen Stand aufweist. — Für das Saargebiet ist eine deutsche Lichtbild- und Filmgemeinschaft geschaffen worden, deren Organisation über das ganze Saargebiet ausgedehnt und auf 12 Unterbezirke verteilt ist. Jeder Bezirk ist mit einem Projektionsapparat und einem Stamm Lichtbilder ausgestattet, reichliches Film- und Lichtbildmaterial befindet sich auf der Zentrale in Saarbrücken. Ferner stehen innerhalb des Saargebietes einige Wander-Kinomaschinen zur Verfügung. Zurzeit sind bereits über 150 Gemeinden und Vereine der Gemeinschaft als Mitglied beigetreten. Auch viele Förderer haben sich der Gemeinschaft gegen einen Jahresbeitrag von Frs. 10.— angeschlossen. — In der Saar erkrankt oberhalb des Stadens ein junger Mann aus Malsstatt, der in raschem Tempo mit seinem Kade daherkam, sich entkleidete und in erhöhtem Zustand in das Wasser sprang. Offenbar ist er einem Herzschlag erlegen.

Scheidt: Seinen 90. Geburtstag beging dieser Tage Herr Oberstleutnant Schmidt von Schwind, Gutshof Eschberg.

Dudweiler: Eine unserer ältesten Mitbürgerinnen, die Wwe. Kath. Bommer, aus Dudweiler-Herrensohr, Karlstraße 51, welche das hohe Alter von 89 Jahren erreicht hatte, fiel beim Einkauf zwei Stufen einer Treppe herab, wobei sie sich einen Beckenbruch zuzog, so daß sie an den Folgen des Unfalls starb.

Sulzbach: Alle Personen, denen wegen Flaggens von „Schwarz-weiß-rot“ anlässlich der Jahrtausendfeier Strafen zuerkannt wurden, werden, wie verlautet, Revision einlegen. In unserer Gemeinde kommen allein 137 Personen in Frage.

Heiligenwald: Im Ihenpflager Grubenweiler erkrankt beim Boden der 20jährige Bergmann Karl Zeng von hier. Beim Schwimmen wurde er plötzlich von Krämpfen befallen, so daß er mitten im Weiher erkrankt, ohne daß ihm rechtzeitig Rettung gebracht werden konnte.

Hof Grohwald bei Eiwelzer. Die älteste Einwohnerin des Saargebietes, Witwe Eid geb. Turk, feierte am Maria-Himmelfahrtstage ihren 104. Geburtstag. Die Greisin ist geistig noch sehr frisch und kann sich aus ihrer Jugend aller wichtigen Begebenheiten erinnern.

Bildhof: Nach längerer schwerer Krankheit ist der in allen Kreisen unserer Bürgerschaft bekannte und allseits beliebte und geachtete Steiger a. D. Johann Gemmel im Alter von fast 89 Jahren gestorben. Seit seiner Schulentlassung war er bis zu seiner Pensionierung (mit einer Unterbrechung von zwei Jahren auf Grube Schwalbach) ununterbrochen auf Grube Friedrichsthal tätig, und zwar zuerst als Bergmann und später als preussischer Beamter. Er war ein echter deutscher Mann, der stets für die gerechte Sache seiner Mitmenschen eintrat, ohne Rücksicht auf etwaige Unannehmlichkeiten von gewisser Seite.

Friedrichsthal. Einen jähen Tod erlitt der Steiger Bauh, der vor einiger Zeit von der Grube seinen Abschied nahm und die Grubenwohnung räumen wollte, um nach Bildhof zu ziehen. Als er mit dem Verpacken der Gegenstände fertig war, ereilte den Mann ein Herzschlag, der seinen sofortigen Tod herbeiführte.

Merschweiler. Schwer verwundet wurde in Marokko der jugendliche Bergmann J. Lukas. Abenteuerlust trieb den jungen Mann vor zwei Jahren in die Fremdenlegion, welchen Schritt er schon bitter bereut hat.

Dießlen: Der Berg- und Hüttenarbeiterverein feierte kürzlich sein 40jähriges Bestehen. Besondere Ehrung fanden alle Jubelmitglieder, die den Verein einst mit gründen halfen.

Dillingen: Ein für Dillingen gewissermaßen historischer Film läuft in diesen Tagen in einem hiesigen Theater. Der Besitzer dieses Kinos hat sich die Mühe gemacht und an Hand von in Familienbesitz befindlichem altem Bildmaterial einen entwicklungsgeschichtlichen Film Dillingens zusammenzustellen. Der Film besteht aus zwei Abschnitten: einem sogenannten stehenden und laufenden Teil. Der stehende Teil besteht aus ca. 80 historischen Bildern der Dillinger Hütte, des Ortes, der Feuerwehr und der Kirche, auch Pachten ist mit 5 Bildern vertreten. Der laufende Teil besteht aus verschiedenen Panoramaaufnahmen von Dillingen, Straßen und Winkel im alten Dorf, Kornblumentag 1911, Bilder aus dem Volksarten, darunter Pensionäre beim Kartenspiel und Kinder beim Spielen im Sand. Wenn ein Kino in diesem Sinne seine kulturpolitische Sendung aufstellt, so kann man darüber nur erfreut sein. — Zu Tode gerädert wurde der auf der hiesigen Schlachthofe beschäftigt gewesene 45jährige Hüttenarbeiter Weiler, über den drei beladene Wagen hinweggingen.

Nalbach: In einem Sturdel der Prims erkrankt ein Steinbrecher Schmitt aus Düppweiler. Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg.

Saarlouis: Kürzlich wurde ein saarheimischer Komponist Josef Kübel durch die Uraufführung eines Lustspiels an einem Hamburger Theater bekannt. J. Kübel, der ein Sohn aus Wad-

gassen ist, hat nun, wie wir erfahren, eine Serie neuer Kirchenlieder des bekannten Berliner Dichters Rudolf Presber vertont. Erschienen sind dieselben im Verlag von Otto Gaumer in Leipzig. Der saardeutsche Komponist arbeitet augenblicklich an mehreren größeren Bühnenwerken, zu welchen R. Presber die Texte schrieb. Hoffentlich werden wir von diesen Neuschöpfungen und Erfolgen unseres heimischen Künstlers recht bald hören. — Nachdem seit einigen Wochen der Restaurant-Pavillon im Stadtpark wieder in Ordnung ist, fand kürzlich wieder das erste Konzert statt. Vornehmlich weckten unsere alten deutschen Märsche und Walzermelodien, die durch die Kapelle tadellos wiedergegeben wurden, Begeisterung in allen Herzen. Bei dem Schlusmarsch „Preußens Gloria“ war das Dalapo des Publikums endlos. Die Konzerte sollen jetzt wieder ständig veranstaltet werden. — Bierfahrer J. Groß der Saarlouiser Aktienbrauerei, dem „alten Getreuen“, wurde von der Direktion der Aktienbrauerei ein Ehrendiplom und ein Geldgeschenk anlässlich seiner 25 jährigen Dienstzeit überreicht.

Hüttensdorf: Die durch Unwetter geschädigten Landwirte unseres Ortes sind von der Verfügung der Sarregierung, wodurch den Betroffenen ein Darlehen anstatt Entschädigung angeboten wird, sehr enttäuscht, da nach ihrer Ansicht da, wo große Darlehenssummen verfügbar sind, auch entsprechende Unterfügungen gewährt werden können.

Differten: Unter Beteiligung der gesamten Bürgerschaft wurde hier der Festakt der Grundsteinlegung für das Kriegerdenkmal vollzogen. Dem Grundstein wurde folgendes Dokument beigelegt: Am Sonntag, den 19. August Anno 1925, in der Zeit, als das Saargebiet lt. Friedensvertrag von Versailles vom deutschen Mutterlande getrennt und von der französischen Völkerrundregierung verwaltet wurde, Papst Pius XI. im hl. Jahre des Hirtensstab der gesamten kath. Welt auf dem Throne Petri führte, Generalfeldmarschall v. Hindenburg der Präsident der deutschen Republik war, die Führung der Gemeinde in den Händen des Ortsvorstehers Peter Frik ruhte, die Seelsorgetätigkeit für die Gemeinde Differten-Friedrichweiler von Herrn Pastor Ehles ausgeführt wurde, ist dieser Grundstein zum Kriegerdenkmal, welches durch die Künstlerhände des Herrn Prof. Scherer geschaffen wurde, gelegt worden. usw.

St. Ingbert: Das Bürgermeisteramt schreibt die Erd-, Maurer-, Beton- und Steinhauerarbeiten sowie die Eisenbetonarbeiten zum Neubau eines städtischen Sparkassengebäudes aus. Der Bau kommt neben das Landesproduktengeschäft Bernhardt in der Gymnasiumsstraße zu stehen und wird außer den Räumen für die Sparkasse noch mehrere Wohnungen und zu vermietende Bureauräumlichkeiten enthalten. — An verschiedenen Orten des Saargebietes bestehen leistungsfähige Rosenzüchtervereine, die nun in einem Verband „Pfals-Saar“ zusammengegeschlossen werden sollen, mit dem Zwecke, die Rosenzucht zu fördern und gemeinsame Verbandsausstellungen zu arrangieren. Besonders in St. Ingbert steht die Rosenzucht schon auf einer sehr hohen Stufe, von hier aus sollen nun auch in kleineren Orten Rosenvereine ins Leben gerufen werden. Der Sitz des neuen Verbandes ist daher in St. Ingbert. — Einen unheilbringenden Scherz leisteten sich zwei Schlosserlehrlinge im benachbarten Reinheim. Sie brachten die eiserne Klinge der Werkstattdür mit dem elektrischen Strom in Verbindung und lodten den Lehrling Fuchs in die Werkstätte. Beim ergreifen der Türklinke war der 16 jährige Junge sofort tot. Man nahm zuerst Herzschlag an, jetzt haben die Jungen aber ihre schlimme Tat eingestanden.

Homburg: Die Stadt Homburg hat aus der Anleihe des Zweckverbandes für das Saargebiet 7 650 000 Frs. aufzunehmen beschlossen, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Bürgerversammlung. Die Regierung hat nicht gestattet, daß ein Teil dieser Anleihe zum notwendigen Wohnungsbau Verwendung findet. Diese Gelder werden nun zum Bau von Straßen, Umbau des Krankenhauses zu einem Volksgymnasium, Umbau des derzeitigen Progymnasiumgebäudes zur Berufsschule, Sprikenhausneubau mit Autogarage, Umbau der Turnhalle, Ueberbrückung des Erbaches, Erweiterung der Wasserleitung und Errichtung einer Leichenhalle verwendet. Der Bezirk als Unterverteiler ist bereits im Besitze des Geldes. Die Bürgerversammlung soll alsbald einberufen werden.

Frankenholtz: Der Steiger Peter Säger wurde, als er nach beendeter Nachtschicht den Förderkorb betreten hatte, um aus der Grube zu fahren, von einem Unwohlsein befallen und starb noch bevor er über Tage ankam. Säger war 39 Jahre alt und ist in Urexweiler geboren. Er hinterläßt eine Frau und vier Kinder.

Forbach i. Lothr. Der seit längerer Zeit zwischen dem deutschen Fiskus und der Stadt Forbach geführte Prozeß wegen der ehemaligen Infanterie- und Trainbasen in Forbach ist mit nachstehendem Vergleich beendet worden: 1. Deutschland erkennt den vollen Betrag an, den die Stadt aus eigenen Mitteln bezahlt hat; 2. ebenso 50 Prozent der verausgabten Obligationen mit Abzügen von a) 212 000 Mark à 1,25 Fr., die Deutschen gehören, b) von 330 000 und 340 000 Mark von Anleihezeichnern, die sich nicht gemeldet haben.

Schnappach. Der Bergmann Otto Gah aus der Mariannenhalerstraße hatte die hiesige Wirtschaft zu den 12 Aposteln auf Abbruch von der St. Ingberter Grube erhalten und war damit beschäftigt, diese abzureißen. Dabei stürzte er ab, wobei er von den noch stürzenden Mauern verschüttet wurde. Erst nach drei Stunden gelang es, ihn aus den Schuttmassen zu befreien. Schwer verletzt wurde er nach dem Sulzbacher Knappschaftslazarett gebracht.

Personalsnachrichten.

Kirchliche Personalsnachrichten. Zum Pfarrer in Mündwies, Kreis Ottweiler wurde Kaplan Gottfried Schmitz in Wörlingen ernannt. — Pastor Müller in Merzig ist einem Ruf als Direktor an den bischöflichen Konvikt gefolgt.

Die langjährige Vorsitzende des Saarbrücker Frauenvereins, Frau Dr. Penze, ist Anfang d. M. gestorben. Mit ihr ist eine Persönlichkeit dahingegangen, die in treuer Pflichterfüllung ihres Amtes waltete. Einer hochangesehenen alten Saarbrücker Familie entstammend, war sie mit den Verhältnissen der Stadt wohl bekannt und hatte es sich zur Aufgabe gemacht, den Unbemittelten ihrer hiesigen Mitmenschen mit Rat und Tat zu helfen, so viel in ihren Kräften stand. Die Sache des Vereins lag ihr am Herzen bis in die Tage ihrer schweren Krankheit hinein. Durch ihr schlichtes, bescheidenes Wesen, ausgezeichnet durch Herzengüte und Wohlwollen, war sie beliebt und angesehen bei allen, die sie kannten, und außer dem Vorstande des Frauenvereins, der in langer Zeit mit ihr zusammenarbeiten durfte, werden ihr viele Menschen, denen sie wohlgetan, ein treues und liebevolles Andenken bewahren.

Sein diamantenes Priesterjubiläum beging der freireligiösierte Pfarrer, Geistl. Rat Hölcher in guter geistiger und körperlicher Verfassung. Herr Geistl. Rat Hölcher ist 88 Jahre alt und war, bevor er in den Ruhestand trat, Pfarrer in Habbirchen. Seit 1907 erfreut sich der alte Herr des wohlverdienten Ruhestandes.

Seinen 80. Geburtstag beging am 11. August Lehrer a. D. P. Paulus in Saarbrücken-Malsstatt. Schon 1871 am 1. November wurde er an die Volksschule der damaligen Landgemeinde Malsstatt berufen und erhielt die neugegründete vierte katholische Klasse. 45 Jahre lang wirkte Lehrer Paulus treu und gewissenhaft in seinem Berufe, davon 41 in Malsstatt bis zum Jahre 1912. Er hat Malsstatt groß werden sehen! Er hat es erlebt, daß aus der kleinen Dorfgemeinde eine Stadt, ja eine Großstadt wurde. Er hat es erlebt, daß zu seiner damaligen vierten Klasse bei seinem Abschied mehr als 50 hinzugekommen waren. Er hat es erlebt, daß aus einer kleinen Filialgemeinde eine große, ja die größte Pfarrei der Diözese wurde und hat jahrelang in kirchlichen Ehrenämtern am Ausblühen der Pfarrei Malsstatt mitgewirkt.

Von der Eisenbahn. Befördert wurden: Zum Oberamtmann die Eisenb.-Amtmänner R. Pulewka, Georg, Bräuninger und Matth. Lah in Saarbrücken; zum Eisenb.-Amtmann der Eisenbahn-Oberingenieur Karl Glöckner in Saarbrücken; zum Eisenb.-Oberingenieur 1. Klasse der Eisenb.-Oberingenieur Fdr. Bartels in Saarbrücken; zum Eisenb.-Ingenieur die Eisenb.-Obersekretäre Aug. Göh und Friedrich Honecker; zum Oberbahnmeister: der Bahnmeister August Schuster, Herm. Fermann, Albr. Beder, Jak. Wagner, Frik Breg, Friedrich Kramb, Joh. Schulten und Hans Schneider; zum Werkstättenvorsteher die Werkmeister Theod. Scheithauer, Georg Alf und Ludwig Lombard; zum Werkmeister die Werkführer Friedr. Heß, Pet. Arend, Jak. Foh, Phil. Blatt und Friedr. Kessler. — Ernannt wurden: die Hilfswerkführer Wilh. Greff, Michel Bönig, Rod. Rothgerber, Alb. Holzmann, Arthur Baumann, Friedr. Seibert, Adolf Hinkel und Jos. Braun zum Werkführer.

In den wohlverdienten Ruhestand wird im Herbst d. J. der Direktor des Gymnasiums Reunirchen, Geheimrat Wernicke, treten. Seit Ostern 1896 hat Direktor Wernicke an der höheren Lehranstalt seines Amtes gewaltet.

Oberforstmeister Terstesse, der Leiter des saarländischen Forstwesens ist am 1. Juli infolge des Altersgesetzes in den wohlverdienten Ruhestand getreten. Seit fast 25 Jahren steht er an der Spitze der Saarbrücker Forstverwaltung. Am 1. April 1901 übernahm er als königlicher Forstmeister die Leitung der Oberförsterei Saarbrücken und verblieb in dieser Stellung, bis ihm am 1. April 1920 durch die Direktion der Finanzen und Forsten des Saargebietes das gesamte saarländische Forstwesen unterstellt wurde. Mit einem Alter von 71 Jahren war er der älteste deutsche aktive höhere Forstbeamte. Am 1. Oktober d. J. hätte er sein goldenes Dienstjubiläum begehen können. Oberforsttrat Terstesse erfreut sich nicht nur als Beamter, sondern auch als Mensch infolge seines aufrechten Charakters, seiner Gewissenhaftigkeit und seines leutseligen Wesens der großen Achtung und Beliebtheit in allen Volksschichten.

Aus dem Grubenfischerdienst. Ernann wurden: der Oberbergamtsmarktscheider Kausch Adolf, die Bergrevierbeamten Bussé Peter, Groß Ludwig, Herb Heinrich, Kern Friedrich, Kirst Karl, Moser Jakob, Winterscheid Heinrich zum „Bergrat“ und Oberbergamtsrendant Meiser Peter zum „Regierungsrat“.

Vom Saargrubenbau.

Opfer des französischen Raubbaues. Auf der Grube Jägersfreude verunglückte der 48 jährige Bergmann Franz Merl aus Dudweiler tödlich. Der Sohn des Verunglückten war selbst Augenzeuge, als sein Vater von einem schweren Felsblock erdrückt wurde. — Auf der Grube Briesfeld wurden einem Schlepper aus Quierschied zwei Finger der rechten Hand zerquetscht. — Auf der Grube Spittel erlitt der 21 jährige Sohn des Bergmanns Jung in Elversberg als Opfer französischen Raubbaues den Bergmannstod. — Auf Grube Frankenholtz verunglückte der verheiratete Bergmann Adolf Schwingel von Fürth, Kreis Ottweiler. Durch eine niedergehende Stiege erlitt er eine Lendenwirbelsäulenverletzung, die seine Ueberführung in das Krankenhaus erforderlich machte.

Neue Unzufriedenheit der Saarbergarbeiter. Obwohl der Streik der Saarbergarbeiter erst vor kurzem beendet wurde, werden schon wieder die heftigsten Klagen laut über erneute Gebingereduzierungen und Schichtenkürzungen, so daß die Arbeiterschaft den Eindruck gewinnt, daß durch diese Kürzungen die 5 prozentige Lohnerhöhung wieder wettgemacht werden soll. Besondere Erbitterung erregt es, daß Arbeiter vielfach entlassen werden, wenn sie von ihrem durch die Arbeitsordnung festgelegten Rechte der Gedingekündigung Gebrauch machen. Die Klagen über schlechte und unwürdige Behandlung im Dienst wollen ebenfalls kein Ende nehmen.

Die französische Saargrubenverwaltung fühlt sich stark. Die französische Saarbergwerksdirektion hat die französischen Zechenverwaltungen angewiesen, jedem Bergarbeiter, der an der passiven Resistenz in den letzten Wochen teilgenommen hat, zweieinhalb Schichten zu streichen. Aus dieser Maßnahme ergibt sich, daß sich die französische Saargrubenverwaltung den Arbeiterorganisationen gegenüber sehr stark fühlt. In welcher Weise die Saarregierung den Bergleuten in den Rücken gefallen ist, ergibt die Tatsache, daß sie die Kohlensteuer für auswärtige Kohle für die Dauer des Streiks außer Kraft setzte.

Beigelegter Konflikt. Der Konflikt zwischen Bergwerksdirektion und den Teilnehmern an der Konzertreise der Knappschaftskapelle ist durch eine neuerliche Vermittlungsaktion der Gewerkschaften beigelegt worden. Die Beteiligten, die alle im Besitz ihrer Entlassung waren, konnten die Arbeit wieder aufnehmen.

Aus dem Saarwirtschaftsleben.

Bohntampf der Saareisenbahnarbeiter.

Am 19. August fanden zwischen Vertretern der Regierungskommission und der Gewerkschaften der Eisenbahner und Postarbeiter Lohnverhandlungen statt, in denen die Regierungskommission gewisse Sozialzulagen zubilligte. Die vertragsschließenden Organisationen kamen zu dem Entschluß, daß die Entscheidung der Regierungskommission in den Kreisen der Staatsarbeiter keine Befriedigung hervorrufen kann und deshalb für die Organisationen als untragbar bezeichnet werden muß. Die Regierungskommission sei dem von diesen Organisationen gestellten Antrag, eine Erhöhung der Grundlöhne vorzunehmen, nicht nachgekommen. Die Regierungskommission hätte anscheinend den Antrag der Saar-Eisenbahner und Handwerker, die soziale Zulage zu erhöhen, mit dem Antrage der Tariforganisationen, die Grundlöhne zu erhöhen, verwechselt, denn der Vertreter des Ministeriums hätte in den Vorverhandlungen ausdrücklich erklärt, daß es der Regierungskommission gleich sei, in welcher Form die Zulage gegeben würde. Da bei den 3 Tarifgewerkschaften die weitaus größte Menge der Eisenbahnarbeiterschaft organisiert sei, hätte damit die Regierungskommission dem Wunsche der Mehrheit nicht entsprochen. Die vertragsschließenden Organisationen hätten deshalb keinen Anlaß, weiter in Verhandlungen über die Entscheidung der Regierungskommission einzutreten, besonders deshalb nicht, weil diese Entscheidung eine endgültige sei.

Teuerung und Löhne im Saargebiet. Im Zusammenhang mit den andauernden Lohnbewegungen im Saargebiet berechnet die sozialistische „Volksstimme“ das Existenzminimum einer vierköpfigen Arbeiterfamilie bei vorsichtiger Schätzung auf 802,60 Franc. Das Blatt weist angesichts der augenblicklichen Durchschnittslöhne von 300—500 Franc darauf hin, daß die immer noch bestehende außerordentlich große Spanne zwischen Existenzminimum und den wirklich gezahlten Löhnen sich schlecht mit den von der Regierungskommission in Aussicht gestellten sozialen Maßnahmen vertrage, denn die Regierungskommission habe es bis heute unterlassen, zu den dringend notwendigen Reformen im Lohnberechnungsweisen zu schreiten.

Aufträge für die Saarindustrie. Das Burbacher Hüttenwerk hat den Auftrag auf Lieferung von 1250 Tonnen Schienen für die französische Staatseisenbahn erhalten. Auch sind bei dem Werk von der deutschen Eisenbahn 5000 Tonnen eiserne Eisenbahnschwellen zur ratenweisen Lieferung in Auftrag gegeben worden. Dieser letzte Auftrag rührt aus dem großen Bauprogramm der deutschen Reichsbahn her und ist im Interesse der deutschen Arbeiterschaft an dieses von französischer Mehrheit kontrollierte Werk gegeben worden.

Verkehr.

Postverkehr zwischen Deutschland und dem Saargebiet. Im Postverkehr zwischen Deutschland und dem Saargebiet sind in den letzten Wochen außerordentliche Verzögerungen eingetreten, die anscheinend auf organisatorische Mängel in der Postverwaltung des Saargebietes zurückzuführen sind. Der Schutzverein für Handel und Gewerbe hat sich deshalb mit einer Beschwerde an die Direktion der wirtschaftlichen Angelegenheiten bei der Regierungs-Kommission des Saargebietes gewandt.

Soziales.

Die Knappschaftsgemeinschaft des Saargebietes. In das neue Knappschaftsgesetz der Regierungskommission ist u. a. auch die Beziehung der saarpfälzischen Knappschaftsvereine in die Knappschaftsgemeinschaft des Saargebietes vorgesehen. Die saarpfälzischen Knappschaftsvereine, die sich finanziell in einer günstigen Lage befinden, bemühen sich jedoch um die Aufrechterhaltung ihrer Selbstständigkeit, da ihnen angesichts der mäßigen Finanzverhältnisse der Knappschaftsgemeinschaft aus der Verschmelzung nur Nachteile erwachsen können, ohne daß ihre Leistungsfähigkeit zur Gesundung der Pensionistenverhältnisse des Saarbrüder Knappschaftsvereins beitragen würde.

Erhöhung der Bezüge beim St. Ingberter Knappschaftsverein. Der St. Ingbert Knappschaftsverein hat die Bezüge der Witwen und Waisen und der Invaliden bedeutend erhöht. Die Invaliden erhalten eine Erhöhung ihrer Bezüge um 100 Prozent der Grundpension, bei gleichzeitiger Kürzung der bisher bezogenen Sonderzulagen von jährlich 240 Frs. auf 130 Frs. Die Witwen erhalten eine Erhöhung ihrer Bezüge in Höhe von 50 Prozent der Grundpension, die bisher bezogene Zulage bei Nichtempfang der Invaliden- oder Witwenrente wird von 120 Frs. auf 90 Frs. jährlich gekürzt. Die Rente der einfachen und Doppelwaisen wird gleichzeitig um 50 Prozent der Grundrente erhöht.

Vorausichtliche Erhöhung der Knappschaftspensionen im Saargebiet. Der Saarbrüder Knappschaftsverein hat eine Erhöhung der Grundpensionen um 10 Prozent für Pensionäre, sowie um 50 Prozent für Witwen und Waisen beschlossen.

Hauserwerb des Saarbrüder Knappschaftsvereins. Der Saarbrüder Knappschaftsverein hat die zurzeit noch im Besitze der französischen Grubenbehörde befindliche frühere Schmerlsche Villa an der St. Johanner Straße (neben dem Bureauhaus der christlichen Bergarbeiter) käuflich erworben. Der Saarbrüder Knappschaftsverein beabsichtigt, die Villa, die mit schönen Anlagen umgeben ist, zu einer Klinik für Augen-, Ohren-, Nasen- und Halsleiden herzurichten.

Vom „Bund der Saar-Vereine“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

„Karlsruher Herbsttage“ 1925.

Wieder ergeht aus der badischen Landeshauptstadt der Ruf zu einer großen heimatischen Kundgebung im September. Zum vierten Male werden sich unter dem Motto „Karlsruher Herbsttage“ die wirkenden Kräfte des badischen Kultur- und Wirtschaftslebens vereinigen, um der Außenwelt ein Zeugnis zu geben von bodenständigem Fleiß und Vorwärtstreben. Die Vorarbeiten sind im vollen Gange. In unermüdlicher Tätigkeit der maßgebenden Stellen ist die Zusammenarbeit so weit gediehen, daß sich heute schon ein Ueberblick über die geplanten Veranstaltungen gewinnen läßt. Den Höhepunkt und zugleich den imposanten Auftakt zu den diesjährigen Herbsttagen bildet der große Südwest deutsche Heimattag mit einem großen Heimatfestzug am 13. September. Wieder werden sich hier die gesamten badischen Volksstämme mit den romantischen Trachten aus dem Frankenland und Schwarzwald, sowie unsere Brüder und Schwestern jenseits des Rheins zusammenfinden und am sinnfälligen durch eine starke Teilnahme die Idee des Heimatgedankens verkörpern. Die Mitwirkung zahlreicher anerkannter künstlerischer Persönlichkeiten bei dem Aufbau der einzelnen Wagen sowie die Teilnahme der Volksstämme aus Baden und

seiner Nachbarschaft gewährleisten in diesem Jahre einen Festzug, wie er für alle Zeit als Vorbild dienen darf. Mochte auch der strenge Standpunkt eine sehr sorgfältige Auswahl notwendig, so daß die Gruppen, die den Ansprüchen nicht genügten, abgewiesen werden mußten, so werden die 40 bis 50 Gruppen, die in diesem Jahre in dem Festzuge marschieren werden, in jeder Beziehung als die idealste Vertörperung der süddeutschen Heimatidee angesprochen werden dürfen.

Aber nicht nur Frankenland und Schwarzwald, Oberrhein und Markgräflerland haben ihre Mitwirkung zugesagt. Auch jenseits des Rheins hat die Einladung zu den Karlsruher Herbsttagen frohen Widerhall gewendet und die Erwartungen aufs höchste geschraubt. Wieder werden auf freiem Boden die alten deutschen Lieder erklingen, und den Gästen von der Saar und aus der Pfalz werden sich tausend Hände entgegenstrecken, aus Dankbarkeit für das stille Heldentum des besetzten Gebietes, aus Freude, daß durch die rege Beteiligung die alten Beziehungen wieder gefestigt werden, und nicht zuletzt aus dem Gefühl, daß die deutsche Schicksalsgemeinschaft in Wirklichkeit doch mehr ist, als nur ein frohes Feiern von Festen. Der Heimatsonntag soll Lichtblicke geben und Hoffnungen stärken. Nicht, was wir erduldet haben und noch erdulden müssen, soll der Grundgedanke dieses Festes sein, sondern die innere Kraft und der Glaube an eine deutsche Zukunft soll sich an diesem Tage Ausdruck verschaffen.

Und deshalb darf heute schon gesagt werden, daß der Heimatstag in der badischen Landeshauptstadt seine Berechtigung hat und behalten wird. Trotz aller Nörgeleien, die da und dort vereinzelt laut werden, trotz aller Einwände, daß ein armes Volk, das einen Krieg verloren hat, mehr Würde zeigen sollte, soll die Parole des Heimatgedankens das Leitmotiv für diesen Tag bleiben.

Manches, was im letzten Jahre in der Organisation zu beanstanden war und zu berechtigten Klagen Anlaß gab, wird in diesem Jahre weggelassen; Erfahrungen und Enttäuschungen stehen heute im Dienste des Erfolges. Unterkunft, Verpflegung und Tageseinteilung für die Besucher werden nichts zu wünschen übriglassen. Jeder wird auf seine Kosten kommen.

Soll man noch mehr sagen?

Möge dieser Gruß aus Karlsruhe auch bei den Brüdern des unbefetzten Gebietes den Eindruck bestärken, daß sich die badische Landeshauptstadt mit allen Kräften auf diesen Tag vorbereitet und bestrebt ist, nicht nur den Gästen einen herzlichen Empfang zu bereiten, sondern ihnen auch ein Erlebnis zu vermitteln, das lange Zeit in allen Herzen weiterklingen soll. In diesem Sinne: Ein herzliches Willkommen in Karlsruhe!

Der Saarverein, Ortsgruppe Stettin e. V., veranstaltete am 26. Juli d. Js. unter Beteiligung von 20 Mitgliedern bei prächtigem Wetter einen wohl gelungenen Ausflug nach dem benachbarten „Sieben Bachmühlen“. Unter den schattigen Bäumen der „Kaiserhütte“ wurde der Nachmittagskaffee eingenommen, und alsdann ging es weiter zum „Eindenhof“, woselbst die Teilnehmer bis zum späten Abend in anregender Unterhaltung zusammenblieben. Am 13. August hielt die Ortsgruppe im Ratsaal des Konzerthauses zu Stettin ihre regelmäßige Monatsversammlung unter reger Beteiligung, namentlich von Damen, ab. Der Vorsitzende, Oberregierungsrat Dr. Stegner, begrüßte die Erschienenen, insbesondere die neu eingetretenen Mitglieder und die Gäste, darunter auch die eigene Mutter, und berichtete sodann eingehend über den Verlauf der am 25. Juli 1925 im Preussischen Abgeordnetenhaus zu Berlin abgehaltenen Sitzung des Beratungs- und Ausschusses der Geschäftsstelle „Saarverein“ und des Vorstandes des „Bundes der Saarvereine“. Anschließend wurden die von dem „Bund der Saarvereine“ beschlossenen Leitsätze für die Betätigung der Landes- und Ortsgruppen durchberaten. Als Ergebnis dieser Beratung ist insbesondere festzustellen, daß die Bundeszeitung, der „Saarfreund“, künftighin auf Vereinstouren in Stettin in den Leserräumen der Stadtbibliothek, der Städtischen Jugendpflege, des Museums und des Verkehrsvereins öffentlich ausgelegt werden soll, um die pommersche Bevölkerung immer inniger mit Land und Leuten an der Saar sowie deren Nöten bekannt zu machen. Weiter ist in einem eingehend begründeten Antrage die Stadtdirektion in Stettin ersucht worden, daselbst eine Straße oder einen Platz „Saarstraße“ bzw. „Saarplatz“ zu benennen. Mit der Einrichtung und Führung der Kartei, über die demnächst abschließungsberichtigte Landsleute, wurde Diplomingenieur Ehrhardt betraut. — In den Gesellschaftsausschuss wurde als weiteres Mitglied Frau Diplomingenieur Ehrhardt gewählt. Eine ganz besondere Freude wurde der Ortsgruppe zuteil durch eine von Frau Dentist Haus kunstvoll gearbeitete und gestiftete kleine Vereinsflagge, die nunmehr an den Vereinsabenden den „Tisch des Hauses“ zieren wird; der Flaggentock war in lebenswürdiger Weise von Herrn Kaufmann Buchardt gespendet worden. Vor den von der Geschäftsstelle „Saarverein“ bekannt gegebenen unlauteren Elementen wurden die Versammlungsteilnehmer gewarnt und letztere gebeten, vor Unterstützung irgendwelcher darum nach-

suchender Personen sich erst mit dem Vereinsvorstande in Verbindung zu setzen. Ueber die Verhandlungen wegen eines neuen Vereinslokals berichtete Diplomingenieur Ehrhardt; als solches kommen vorläufig die Schillerloge und das Pschorrbräu in Betracht, sofern nicht ein noch geeigneteres Lokal auffindig gemacht werden kann. Die mit den Erhebungen betraute Kommission, wurde ermächtigt, gegebenenfalls schon die nächste Mitgliederversammlung nach dem von ihr ausgewählten neuen Vereinslokal einzuberufen. Trotz eifrigster Bemühungen ist es leider nicht gelungen, mit den gelegentlich des Bundesfestes der Radfahrer vom 7.—11. August d. Js. nach Stettin gekommenen Vertretern des Saargebietes Fühlung zu gewinnen. Am 30. August oder 6. September ist gemeinsam mit der Rheinländervereinigung und dem Bunde der Süddeutschen eine Wasserfahrt nach Stepenitz oder Mescherin geplant. Zur Unterhaltung des Abends trugen wesentlich bei Eisenbahn-Oberinspektor Tatisch durch Vorträge in Hunsrüder Mundart, Frau Oberzahlmeister Schmidt durch solche in „Saarbrücker“ Dialekt, Kaufmann Buchardt und Diplomingenieur Ehrhardt durch das Erzählen zahlreicher witziger Anekdoten. Erst in später Nachtstunde trennten sich die Teilnehmer mit dem Bewußtsein, wieder einmal einen schönen Abend verlebt zu haben.

Neugründung der Ortsgruppe Walsdorf des Bundes der Saarvereine. Eine Anzahl Saarbrücker versammelten sich am 17. August 1925 im Lokale Meermann-Walsdorf, um die Gründung einer Ortsgruppe des Bundes der Saarvereine zu beschließen. Um das Interesse der übrigen noch hier wohnenden Saarbrücker und der sonstigen hiesigen Einwohner für unsere Saarheimat zu wecken und zu fördern, soll im Monat September eine größere Propaganda- und Werbeversammlung abgehalten werden, in welcher ein guter Redner unter Mitwirkung von Lichtbildern einen Vortrag über die Saarheimat halten soll. Ausdrücklich wurde betont, daß es gerade hier, nachdem endlich auch hier die fremde Besatzung abgerückt, einer regen Propaganda bedürfe, um die Bevölkerung für unsere Heimat zu interessieren. Zum Vorsitzenden bis zur endgültigen Gründung wurde Kreisleiter Krause-Walsdorf, Eydowstraße, und zum provisorischen Schriftführer Steiger Seyb-Walsdorf, Brambauer Straße, gewählt.

8. Jahrestausendfeier der Württ. Saarvereinigung. Die in Württemberg wohnenden und in der Württ. Saarvereinigung vereinigten Saardeutschen veranstalteten am Samstag, 4. Juli 1925, im Restaurant „König von Württemberg“, eine Jahrestausendfeier der Rheinlande. Der Vorsitzende der Vereinigung, Kaufmann Julius Schellenberger, gab einen kurzen geschichtlichen Rückblick über das Rheinland vor 1000 Jahren und sprach zum Schluß den Wunsch aus, daß alle deutschen Frauen und Männer, in dem Kampfe, der an der Saar für das Deutschtum geführt wird, Mitkämpfer sein sollen. Im Laufe des Abends sprachen noch Amtsgerichtsrat Dr. Spieker, Vorsitzender des Württ. Bundes für Grenz- und Heimatschutz, der besonders auf die für die Freiheit des Rheinlandes nötige Einigkeit in Deutschland hinwies, Ministerialdirektor Dr. Göh, Vorstandsmitglied des Deutschen Schutzbundes in Berlin, der sich in längeren Ausführungen über die Kriegsschuldfrage ausließ, sowie Oberzahlmeister Nawath, Vorsitzender der Vereinigten Verbände Heimattreuer Oberschlesier, der die verwandten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Oberschlesiens mit dem Saargebiet hervorhob. Neben den Vorträgen einer Abteilung des Musikvereins Stuttgart kamen zu Gehör deklamatorische Darbietungen von Frä. Helene Hoffmann, musikalische von Leonhard May und E. Müller, Geige und Klavier, gesungliche des Bassisten Theodor Frieß und der Klavierbegleitung von Kurt Siebert und eines Doppelquartetts der Gesangsabteilung des Vereins der Badener. Alle diese Neben- und künstlerischen Darbietungen waren auf Rhein und Saar, auf Heimat- und Vaterlandsiebe eingestimmt und fanden großen Beifall. Die Liebe und Treue der in Württemberg wohnhaften Saardeutschen zu ihrer Heimat kam besonders stark zum Ausdruck in dem Willen, den Brüdern und Schwestern an der Saar in ihrem Kampfe treu zur Seite zu stehen.

8. Ortsgruppe Reddinghausen des Bundes der Saarvereine. Die Ortsgruppe, deren Tätigkeit infolge des Ruhrbruchs stillgelegt war, wurde in einer kürzlich stattgefundenen Versammlung neugegründet. Die Vorstandswahl ergab folgende Zusammensetzung: 1. Vorsitzender: Bureauangestellter Ernst Eich, 2. Vorsitzender: Bergmann Friedrich Baltes, Schriftführer: Bergmann Ferdinand Baltes, Kassierer: Steiger Otto Spengler, Beisitzer: Bergmann Frieß Becker und Ludwig Ohliger. Wir wünschen der Ortsgruppe Reddinghausen eine gute Entwicklung.

8. Ortsgruppe Karlsruhe e. V. des Bundes der Saarvereine. Die am Mittwoch (19. 8.) abends im „Moninger“ stattgefundene Monatsversammlung war überaus stark besucht. Es hatten sich auch Abordnungen des Hilfsbundes der Elbfisch-Lohringer, des Pfälzerwaldvereins und des Vereins der Rheinpfälzer eingefunden. Vom städtischen Verkehrsverein war Verkehrsdirektor Lacher anwesend. Der Vorsitzende, Kaufmann Hans Neuhör, dankte für das zahlreiche Erscheinen und ließ alle Anwesenden herzlich willkommen heißen. — Er berichtete zunächst über die beabsichtigte Beteiligung der Ortsgruppe am diesjährigen „Südwest-

deutschen Heimattage" hier selbst, wobei er seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß aus dem Saargebiet eine zahlreiche Beteiligung zu erwarten ist, darunter auch seitens des hier wohlbekannten St. Johanner Sängerbundes. Ebenso werden sich eine Anzahl Saarmädel und Bergleute in Uniform einfinden. Die Ortsgruppe selbst stellt zu dem Festzuge, der nachmittags stattfindet, einen Festwagen (Saartollen). Verkehrsdirktor Lacher berichtete sodann eingehend über die Bedeutung und Ziele der „Karlsruher Herbsttage“, nämlich: Pflege der Liebe zur Heimat und wirtschaftliche Bestrebungen. Beifällig wurde die Mitteilung aufgenommen, daß auch das Markgräfler Land vertreten sein wird. Eine besondere Bedeutung hatte die Versammlung dadurch, daß Mitglied Regierungsrat Dr. Meß die Auswanderungen aus dem Saargebiet, der Pfalz und Elsaß-Lothringen in das Banat (Rumänien) z. St. Maria Theresias eingehend erläuterte. In interessanten Ausführungen, ausgehend von der Stuttgarter Ausstellung „Schwaben und Ausland“ betonte er, daß gewöhnlich mit dem Sammelnamen „Schwaben“ nicht allein die nur wenigen schwäbischen Gemeinden, sondern auch die überaus zahlreichen von Saar-Deutsch, Pfälzern usw. besiedelten Orte des Banats zusammengefaßt werden. Diese Siedlungen tragen bekannte Ortsnamen wie Lebach (Saar), Randel (Pfalz) u. a. Die Eigenart der heimatischen Mundart, Sitten und Gebräuche ist dort heute noch unverfälscht erhalten. Ferner trifft man auf zahlreiche Familiennamen aus der alten Heimat. Neben dem geschichtlichen Interesse haben sich neuerdings auch praktische Beziehungen mit den Deutschen des Banats ausgewirkt, indem seit einigen Jahren zahlreiche Kinder aus Württemberg zum Ferienaufenthalt von den Banater „Schwaben“ aufgenommen wurden. So wird auch künftig die Ortsgruppe Karlsruhe des Saarvereins die Beziehungen zu den Nachkommen der aus den armen Walddörfern der Saar und des Westrichgaues Ausgewanderten aufzunehmen haben. — Diese interessanten Ausführungen fanden reichen Beifall. In dem anschließenden Unterhaltungsabend zeigte das Doppelquartett des Karlsruher Piederfranzes in mehreren Liedern sein gutes Können. Die Lieder waren harmonisch fein abgestimmt und ernteten ebenfalls reichen Beifall. — Für humorvolle Darbietungen auf der Laute sorgte in altbekannter Weise als Gast Verw.-Oberinspektor Karl Hebeisen. Die Ortsgruppe kann diesen Abend als vollen Erfolg buchen, zugleich als Ansporn für den weiteren Ausbau ihrer Vereinsziele und Bestrebungen.

□ Ortsgruppe Köln des Bundes der Saarvereine. Am Mittwoch, dem 12. August, abends 8 Uhr, versammelten sich die Mitglieder der Ortsgruppe Köln im Rudolfsaal zur Beratung der im laufenden Monat Juli eingegangenen Anträge. Zurückzuführen auf die große Festlichkeit war die Versammlung sehr schwach besucht. Nachdem der 1. Vorsitzende gegen 9 Uhr die Erschienenen begrüßt hatte, bemerkte er unter den Anwesenden einen Landsmann vom Westerwalde, Herrn Friedrich Ritzner, ehemaliger Sulzbacher, den er mit sehr herzlichen Worten begrüßte und ihm den Wunsch mit auf den Weg gab, auch in seiner neuen Heimat eine Ortsgruppe zu bilden. Nach der Begrüßung wurde dann zur Erledigung der Tagesordnung geschritten. Nachdem der Schriftführer die letzte Versammlungsniederschrift verlesen hatte, wurde der Bericht über die Jahraufendfeier vorgetragen und mit Begeisterung von der Versammlung aufgenommen. Der 2. Vorsitzende dankte nochmals allen Mitwirkenden, die zur Verschönerung des Festes beigetragen haben, ganz besonders aber gedachte er nochmals des Herrn Pfarrer Kade für seine wundervollen Worte in der Festrede und dankte auch hier nochmals. Alsdann wurde der Beitrag für den Bund, sowie die Unterstützung des „Saarfreund“ genehmigt. Ferner mußten 2 Anträge, die schriftlich eingegangen waren, da die Einsender nicht anwesend waren, bis zur nächsten Versammlung vertagt werden. Unter Punkt Verschiedenes wurden noch einige Anträge für die nächste Tagung eingebracht. Hierauf folgte der gemütliche Teil, dem ganz besonders von der jungen Generation gehuldigt wurde. Der Ortsgruppe Köln wünschen wir ein ferneres Blühen, Wachsen und Gedeihen. Dazu ein herzliches Glück auf!

Warnung vor einem Schwindler.

Von der Ortsgruppe Wehlar des Bundes der Saarvereine sind wir gebeten worden, die Ortsgruppen vor einem gewissen Josef Feldes zu warnen, der außer seinem roten Baj keine weiteren Papiere besitzt. Der Baj trägt die Nummer 222 474, 2. Ausfertigung, ausgestellt am 12. September in Saarbrücken. Josef Feldes ist geboren am 30. September 1905 in Sulzbach-Saar und von Beruf Fuhrmann. Wir warnen eindringlich vor dem Feldes und bitten unsere Ortsgruppen, ihn, falls er vorkommen sollte, abweisen zu wollen. — Die Geschäftsstelle „Saarverein“.

Briefkasten.

M. in S., 8 M. mit bestem Dank erhalten. Th. in D. 16 M. mit bestem Dank erhalten. B. in S. 1 M. mit Dank erhalten. M. in S. 1. 5 M. mit bestem Dank erhalten. M. in Sch. 9 M. mit herzlichem Dank erhalten.

Bücherschau.

Kriegsgräberfürsorge. Was die letzten erschienenen August-Nummer der Zeitschrift „Kriegsgräberfürsorge“ auch für die Allgemeinheit besonders lesenswert macht, ist der ausführliche Bericht über die Reise des Präsidenten und des 1. Schriftführers des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge an Schwedens Küste zum Besuche der Gräber von Gefallenen aus der Stageraschlacht. Dank dem überaus liebenswürdigen Entgegenkommen der Marineleitung konnten die Herren die Reise an Bord der 1. Minensuchflottille gelegentlich deren Auslandsreise ausführen. Einzigartig: auf unbewohntem, felsigem Eilande ruhen die toten Seehelden in gut erhaltenen, geschmückten Gräbern, umfungen vom ewigen Meere, das sie mitleidig wiedergab und nun ihren ewigen Schlummer treulich behütet, daß nicht ruchlose Buben mit frevelnder Hand ihre Ruhestätten schänden. Weiter berichtet das Heft über Reisen in Frankreich und Polen und enthält eingehende Auskunft über zahlreiche Friedhöfe in allen Ländern, in denen deutsche Helden den ewigen Schlaf schlafen. Und dann läßt das Heft den Leser teilnehmen an der segensreichen, umfassenden Arbeit des Volksbundes im Dienste des Dankes, den das ganze deutsche Volk seinen toten Helden schuldet. Anspruchslos im Äußeren, wertvoll durch inneren Gehalt kann und wird die Zeitschrift für jeden Deutschen eine Fundgrube ernsten und erhebenden Gedankens sein. Bezug durch die Bundesgeschäftsstelle des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., Berlin W 15, Brandenburgische Straße 27. Auskunft auch durch die Ortsgruppen.

Im Verlag der Saarbrücker Landes-Zeitung

sind erschienen:

Goldmark

- | | |
|--|-------|
| Die Geschichte des Saargebietes. Von Prof. Dr. h. c. Ruppertsberg. Interessante Zusammenfassung der geschichtlichen Entwicklung des Saargebietes von den Anfängen der Kelten- und Römerzeiten bis in unsere Tage hinein, mit zahlreichen Illustrationen. | 15,— |
| Das schöne Land an der Saar. Von Kunstmaler H. Keuth. Ein Bilderwerk voll hoher Schönheit und innigster Naturfreude, in dem das Herz der Saarheimat schlägt. | 9,— |
| Mettlach, die Abtei, ihr Gründer u. ihre Geschichte. Von C. Conrad, Mettlach. | 1,90 |
| Blieskastel und sein Gnadenbild. Von Hermann Josef Becker. Interessante, lebhaftes Schilderung der geschichtlichen und religiösen Begebenheiten der bekannten Gnadenstätte zu Grünthal und der Heiligkreuzkapelle zu Blieskastel. | 1,50 |
| Kämpfe und Werden der Hüttenarbeiter-Organisationen an der Saar. Von Karl Alfred Gabel. Umfang 200 Seiten. | 1,50 |
| Lohnpolitik und Produktionsergiebigkeit im Preussisch-Flakalischen Saarkohlenbergbau. Von Paul Georg Quirin, Doktor der Staatswissenschaften. | 2,50 |
| St. Ingbert und seine Vergangenheit. Eine geschichtliche Heimatkunde. Von Studienrat Wolfgang Krämer. | 12,50 |
| Die Eisenbahn-Güterfrachten im Saargebiet. Universelles Nachschlagewerk von größter Bedeutung. Von Otto Schmidt-Schulde. | 2,— |

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt durch die

Saarbrücker Druckerei u. Verlag A.-G.
Saarbrücken 3 Rathausplatz 3

Das Saargebiet in Gefahr!

Jeder Deutsche muß Mitglied des Bundes „Saar-Verein“ sein!

Ernst Giesler & Co., Kom.-Ges.

(Inh. Fritz Huber)

Kreuztal, Krs. Siegen

Blecharbeiten aller Art
Verzinkte und lackierte Blechwaren
Baugeräte • Schiebkarren
landwirtschaftliche Geräte • verbleite Eiszellen
usw.

Das deutsche Saargebiet unter der Fremdherrschaft

von Otto Andres.

Von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW. 11,
Königgräber Straße 94 II, zum Preise von 1,— M.
zu beziehen.

Saar-Stammtisch in Berlin

Die regelmäßigen Zusammenkünfte unserer Landsleute aus dem Saargebiet, unserer Freunde und Bekannten finden

jeden Donnerstag abend im Restaurant

„Dessauer Garten“, Dessauer Straße 1

statt.

3 u.

Ingenieur E. Dabbe Musiklehrer H. Köller.

Der Saarkalender für 1925

ist ein Gedent- und Nachschlagebuch für alle Saardeutschen. Er enthält ernste und heitere Schilderungen der wirtschaftlichen Lage im Saargebiet, ausführliche geschichtliche Darstellungen und Beilagen, saarländische Anekdoten, Witze usw. und bekommt durch Beiträge guter Schriftsteller eine hochwertige literarische Note. Ein Handbuch von dauerndem Wert für Kinder und Erwachsene. Der Preis dieses ausgezeichneten Wertes beträgt 2,50 M. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß ebenfalls durch uns auch noch die Jahrgänge 1923 und 1924 des Saarkalenders bezogen werden können.

Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11

Königgräber Straße 94 II.

Das Blatt aller Rheinländer!



Halbwachtsschrift für den bedrohten deutschen Westen

Verlag: Rheinischer Beobachter, Berlin SW 11, Köpenicker Straße 10

Mit der illustrierten Heimatbeilage „Der schöne Rhein“

Frei von jeder Tendenz, in vornehmer Ausstattung und mit fesselndem Inhalt, vertritt der „Rheinische Beobachter“ kraftvoll die Interessen der Rheinischen Volksgenossen und lenkt die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit immer erneut auf den besetzten Westen. (Monatlich 2 Hefte nur 30 Pfg.)

Bestellen Sie beim Postamt oder beim Verlag
Berlin SW 61, Großbeeren-Straße 17.

Die illustrierte Monatschrift

Elsas-Lothringen - Heimatstimmen

Herausgegeben im Auftrag der Alt-Elsässer
u. Alt-Lothringer im Reich von Dr. Robert Ernst

(II. Jahrgang)

unterrichtet sachkundig über elsas-lothringische
Geschichte, Politik, Kultur und Wirtschaft

Aus Urteilen der Presse:

„Der Deutsche“, Berlin: „... eine Zeitschrift, die ein ausdrucksvolles Anzeichen dafür ist, mit welcher Fähigkeit und unbeugsamen Lebenskraft die Elsässer und Deutsch-Lothringer unter allem Wechsel der Herrschaft sich zu behaupten wissen.“ — „Germania“, Berlin: „... eine Aufgabe, die nicht länger vernachlässigt werden darf, in der richtigen Weise angepackt.“ — „Unabhängige Nationalkorrespondenz“: „Politisch und kulturpolitisch Interessierten sei die Lektüre dieser ausgezeichneten Zeitschrift empfohlen. Sie dient der Wahrheit und dient ihr gut.“ — „Preussische Jahrbücher“: „Die Monatschrift verfolgt die Stammesinteressen dieses ferndeutschen Landes in zäher Verteidigung und gewandtem Angriff — unwahren Tendenzen abhold — große Sachlichkeit.“ — „Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur“: „Der Herausgeber hat es wirklich verstanden, gute elsässische Geistesart zum Wort kommen zu lassen.“ — „Schwäbische Volkspresse“ (Temesvár, Rumänien): „musterhaftig geleitete Hefte.“ — „Sowohl die politischen Aufsätze wie das übrige der Hefte ausgezeichnet.“

Postbezug vierteljährlich M. 1,20. Streifbandbezug M. 1,50.
Jahresbezug für das Ausland: Frankreich 20 franz. Franken,
Schweiz 10 schw. Franken übriges Ausland 2 amerik. Dollar.
Schriftleitung u. Vertrieb: Berlin W. 30, Postfach 5.
Postcheckkonto: Dr. Robert Ernst, Berlin NW. 7 Nr. 109799.

Vertriebene aus Elsas-Lothringen

müssen in ihrem eigensten Interesse stets die

„Elsas-Lothringischen Mitteilungen“

lesen, die über alle Verdrängungs- und Liquidationsschäden berichten und auch kulturelle Fragen, elsas-lothringische Erzählungen und Romane bringen.

Probenummern und Bestellungen zum Preise von

70 Pfennig monatlich

bei der Expedition der „Elsas-Lothringischen Mitteilungen“
Freiburg i. B., Röderstr. 12.

Für die Schriftleitung verantwortlich: R. Dammert, Charlottenburg.

Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW. 11, Königgräber Straße 94; Druck: Deutscher Schriftenerverlag Berlin SW. 11.